

Wochenblatt

Wochenchrift für den gesamten Osten

Herausgeber Dr. Franz Löffler. Verlag Bund Deutscher Osten e. V., Berlin W 30.

Erscheint wöchentl. einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährlich 1,50 M. Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der Gespalt. Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluss an den Text auf Textbreite 1,20 M.

Nr. 38.

Berlin, 15. September 1933.

14. Jahrg.

Anzahl: 2. 033: Die polnische Osteuropapolitik. / 2. 034: Der „Amerikaner Deutsche“ kolonialistisch in Polen. / 2. 035: Dollfuß in Wien. / 2. 036: Tausch Kämpfe mit den Briten. / 2. 037: Abmachungen als Hauptmomente. / 2. 038: Die östlichen Staaten. / 2. 039: Die Überwindung der Wirtschaftskrise im Osten. / 2. 040: Politische Situation. / 2. 041: Die polnische Situation in Ostgalizien. / 2. 042: Verhandlungen vor den Toren Berlins. / 2. 043: Stellungen des B.S.C. — Unerwartungen.

Die polnische Osteuropapolitik.

Als im vergangenen Jahre die letzten Mitglieder der französischen Militärmission Warschau verließen, wurde es offensichtlich, daß Polen sich nun stark gegen fühlte, um sich der französischen Vormundschaft zu entziehen. Es hat seitdem mancherlei Mittelmäßigkeiten zwischen Paris und Warschau gegeben. So war man in Polen enttäuscht darüber, daß Frankreich im Donauraum weitgehende „konstruktive“ Tüfse verfolgte, ohne auf die polnischen Wünsche Rücksicht zu nehmen. Je eher sich überhaupt mit Warschau einverstanden über in Verbindung zu leben. Auch die Weigerung der Pariser Mission, den Bau der Kholmagnagrale weiter zu finanzieren, wirkte in Polen vernehmlich. Und ebenso glaubten Regierung und Presse in Polen Grund zur Unzufriedenheit mit Frankreich zu haben, als dieses: sich in die Verhandlungen über den Viererpakt einließ. Das und vor allem die ständige Surecht, daß Deutschland und Frankreich sich wiederholt doch einmal — natürlich auf Kosten Polens — verständigen könnten, hat dieses Judentum in seinem Willen bekräftigt, in Osteuropa eine Politik auf eigene Faust zu betreiben. Natürlich dankt Polen nicht daran, das Bündnis mit Frankreich, das nach wie vor Grundlage und Voraussetzung seiner Politik bleibt, zu lösen. Aber es müßte sich aus dem lebhaftesten Selbstbestrebungen gegenüber der Pariser Diplomatie, das für das Selbstbestehen seiner Politiker unerlässlich geworden ist, endlich befreien.

Wege und Ziele der polnischen Politik sind, wenn man die grundsätzliche Gegnerlichkeit gegen Deutschland und das Selbstbestrebensstreben gegenüber Frankreich als gegeben annimmt, vollkommen klar: Polen will die beengende Zwangsstellung zwischen Deutschland und Rußland verlassen, indem es sich mit den Sowjets verbündet, und es will sich mit den Mittel- und Kleinststaaten des Ostens verbinden, um diese in gemeinsamer Front gegen das deutsche Mitteleuropa aufstellen zu lassen. Seit den Vorkriegsjahren Polens und der anderen mitteleuropäischen Staaten mit Rußland hat die Annäherung zwischen Warschau und Moskau eine überaus große Rolle gespielt. Diese Annäherung hat sich nicht nur nicht vermindert, doch gelangt es ihr nirgends mehr, wichtiger zur Geltung zu kommen. Von der Außen- und Innenpolitik Polens ist — nichtigstens für Außenstehende — nichts mehr zu sagen. Die Ökonomische Lage, daß Polen sich unter allen Umständen mit Rußland verständigen müßte, wenn es sich gegen Deutschland behaupten will, hat offensichtlich angeht. Karol Radek, der langjährigste, in internationalen Artikeln die Vorzüge der jungen Freundschaft zwischen dem katholischen Warschau und dem orthodoxen Moskau befragt. Stalin, der Herr des Kreml, ließ Piłsudski dessen Kriminalakten als sinniges Gedächtnis überreichen, wogegen der Warschauer wiederum Stalin dessen Strafakten verriet. Selbst der Abschuß eines polnischen Siegers, der sich über die russische Gruppe wehrte hat, vermochte diese neue Liebe nicht mehr zu trüben. Polnische Journalisten wurden in Moskau als willkommenes Gäste empfangen; Warschauer Wirtschaftler studieren voll Eifer die Erfolge der bolschewistischen „Aufbaumethoden“, und die polnische Industrie bemüht sich, in Rußland die verlorenen und so dringend notwendigen Absatzmärkte zurückzugewinnen. Von der ukrainischen Frage, mit der man sich fast anderthalb Jahrzehnte hindurch gegenseitig das Leben schwer gemacht hat, ist nicht mehr die Rede. Der Marsch auf Kiew ist vergessen und vom Wunder an der Weichsel wird nur noch im Kont verpöhlend Äußerungen gesprochen. Die polnische Presse vertritt, daß die polnische und die russische Außenpolitik in Zukunft auf engste zusammenarbeiten können und müssen; denn das nationalsozialistische Deutschland bedroht

sowohl Rußland wie Polen, das eine durch sein kommunistisches Vorgehen und das andere durch seine revisionistischen Pläne. Rußland, so glaubt der „Militär. Kurier. Kodz.“ feststellen zu können, werde heute durch Hitler ebenso in die polnischen Arme getrieben, wie es nach dem Sturz Bismarcks durch Wilhelm II. zum Bündnis mit Frankreich gedrängt worden sei; Polen dürfe sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, Rußland zu einer ewigwährenden Vereinigung aller Gegenseite zu kommen.

Ähnlich wie um den Ausbau ihrer freundschaftlichen Beziehungen zu Moskau bemüht sich die Warschauer Diplomatie um die Festigung ihrer Position in den mitteleuropäischen Ländern: „liberal ist die „nationalsozialistische Gefahr“ die Zanderformel, mit der sie eine Einheitsfront vieler Staaten gegen Deutschland jähzornig zu bringen verliert. Endlich glaubt Polen die Zeit für die Organisierung des „antideutschen Mittelraums“ gekommen, das Roman Dmowski schon in Versailles der Entente als notwendig eingestuft hatte. Endlich meint es, seinen Anspruch auf Führung unter den Mittel- und Kleinststaaten des Ostens in die Tat umsetzen zu können. Die Voraussetzungen hierzu sind heute infolgedessen besser als früher, als diese Staaten durch die Olskappe in ihrem Verhältnis zu Rußland mit Polen in eine Linie eingereiht sind, und früher infolgedessen, als diese Staaten alle mehr oder weniger von Mittrauen und Angst vor dem neuen Deutschland erfüllt sind. Diesen Voraussetzungen hat Polen die Fortschritt, die es in letzter Zeit im östlichen Mitteleuropa erzielte hat, zu danken. Inzwischen Prag und Warschau ist eine Freundschaft entstanden, die die alten Gegensätze zurückgedrängt hat. Die Klagen über die schlechte Behandlung der polnischen Minderheit in der Estlandbaltischen und über den Grenzstreit vom Jahre 1929, der beinahe zum Krieg zwischen den slawischen „Brudervölkern“ geführt hätte, sind heute verstummt. In Reden und Zeitungsartikeln erhalten die panjazytschischen Übergänge der Vorkriegszeit ihr zeitgemäßes Gewand; bezeichnenderweise spielt Gdingen als „Halen der slawischen Völker“ dabei eine nicht unbedeutende Rolle. Auf betontes Entgegenkommen löst Polen gesammtermaßen in Wien, wo eine Regierung am Ruder ist, deren Politik von einem geradezu besessenen Haß gegen den Nationalsozialismus diktiert wird. Die Nachteile, die Österreich aus dem derzeitigen Gegenstände zum östlichen Reiches ermahnen, laßt die Wiener Regierung durch eine um so engere Annäherung an andere Staaten zu mildern: Polen läßt sich natürlich die günstigste Gelegenheit nicht entgehen, seinen Einfluß im mitteleuropäischen Raum abzubauen zu helfen und in Anknüpfung an die verbliebenen vorkrieglichen Traditionen des habergereichten seine politisch-kulturelle Stellung in Wien wieder zu haben.

Über die Bedeutung der praktischen Erfolge und die Dauerhaftigkeit der moralischen Erhebungen, die Polen in seiner Osteuropapolitik zu verzeichnen hat, kann man verschiedener Auffassung sein. Denn es ist ja, v. a., ganz klar, daß die tatsächlichen, historisch begründeten und durch den Weltstimmismus nur noch verteilten Gegensätze zwischen Moskau und Warschau noch nie vor weiter befehen. Sie sind ja, allerdings überlagert von den harten „Rechteten, die beiderseitigen Interessen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Dieses Wärbren hindert aber die Moskauer Machthaber darüber nicht daran, ihre kommunizistischen Umwerpläne weiter zu fördern, die in der verendeten polnischen Bauern- und Arbeiterkräfte sowie in den unterdrückten nationalen Minderheiten Ostpolens heute einen fruchtbareren Boden finden als je. Und nos

Registrierung
16 SEP 1933

H. Hoffmann

weiter; D. das heutige gute Verhältnis zu Wien anlangend, so müßte man sich in Vorshau doch klar sein darüber, daß diese Art von Freundschaft nur mit einer volkremsender Regierung, nicht aber mit dem deutschen Volke in Österreich besteht und zu Ende sein wird, sobald die Regierung Dollfuß verschwindet.

Wem dem auch sei, die politische Diplomatie entfallt in ganz Osteuropa eine recht nützliche Aktivität; sie ist heute unersetzlich wichtiger, großzügiger und beweglicher als sie je jemals war zu der Zeit, in der noch Jaleski im Vorshauer Aushenken lag. Damals waren ihre Wege und Ziele an die Pariser Direktiven gebunden, die vor jeder wichtigsten Aktion geborham eingeholt wurden. Das ist heute anders geworden: Die Männer der ersten Brigade lassen sich von Frankreich keine Vorschriften

machen; sie fragen nicht, ob es Frankreich angenehm ist, daß die Außenminister eine Extrotour nach Rom unternimmt, oder ob Frankreich den Zeitpunkt für geeignet hält, einen Richtungswechsel mit dem Kommando zu schließen. Für sie ist Frankreich nicht mehr der Lehramtler, den sie um Erlaubnis und Rat fragen müßten, sondern nur noch der große Verbündete, an dessen Hilfe sie im Falle der Gefahr appellieren. Die außenpolitische Linie Jaleskis war verhältnismäßig einfach und klar; die heutige Außenpolitik Polens ist unübersichtlicher und impulsive geworden. Sie trägt deutlicher als die französisch bedingte Politik Jaleskis das Merkmal der polnischen Mentalität: den Hang zur Romantik im politischen und zu Abenteuern in militärischen Dingen. Das macht sie gefährlich für Polen selbst wie für die anderen. Dr. Krzedel.

Der „Allgemeine Deutsche“ Katholikentag in Wien.

Vom 9. bis 12. September fand in Wien der Allgemeine Deutsche Katholikentag statt. Es muß gleich vorausgeschickt werden, daß dieser Tag die Bezeichnung „allgemein“ und „deutsch“ in keiner Weise verdient. Denn die Katholiken aus Deutschland, die man in Wien normale Verhältnisse herrschen, wohl zu Tausenden an diesem Tage teilgenommen haben, fehlten vollkommen; und auch das katholische Auslandsdeutschum hielt sich mit Rücksicht auf die dem großdeutschen Gedanken feindliche Atmosphäre des Landes möglichst zurück. In der Tat nahmen, trotz der starken Werbung und trotz der 70-tägigen Jahresspremermärgung kaum 150 Deutsche am Katholikentag teil. Die Regierung Dollfuß legte auch gar keinen Wert darauf, den deutschen Charakter dieses Tages zu wahren. Sie bemühte sich in oft geradezu bejämmernder Weise um die Teilnahme nichtdeutscher Katholiken. Und so kamen denn auch aus Polen mehrere Sonderzüge mit tausenden von polnischen Katholiken nach Wien. Stark waren auch die Esten, Ungarn, Kroaten und Rumänen vertreten. Unter den 50 hohen kirchlichen Würdenträgern befanden sich allein 6 Polen mit Kardinal-Primas Hlond an der Spitze, im ganzen über 20 Bischöfe und Kardinäle aus den südl. Ländern, und schließlich auch noch (auf daß die französische Seite der Wiener Kommission zur Geltung komme) zwei kirchliche Würdenträger aus Frankreich.

Kardinal Smolner — Wien (ein gebürtiger Sudetendeutscher) fand in seinem Vortrage zum Reichstestag Worte, die begeisterten sind, auch im deutschen Publikum zu finden, er sprach von der dem deutschen Volke von Gott zugesagten Sendung: „Volk der Mitte zu sein zwischen dem Osten und Westen, zu verbinden in köstlicher Verbrüderung und lebendiger Durchdringung die mythischen Tiefen und Weiten des Ostens mit der bergeshimmlischen Aktivität des Westens; Volk der Mitte zu sein, aus dem so reiche Fruchtbarkeit und tiefe Fruchtbarkeit hervorgehen wird.“ Das christliche Abendland kann nicht zu neuer Kraft und Größe erwehen, wenn nicht seine Mitte, das deutsche Volk, um seine Sendung weiß, an sie glaubt und sie mit aller Kraft zu erfüllen strebt.“ Von diesem Geist, in dem Kardinal Smolner den Katholikentag aufgeschickt wissen wollte, war, was die Wiener Regierung und ihre polnischen, estenischen und sonstigen „Freunde“ anlangt, freilich wenig zu merken. Nicht von der deutschen Mission war in der Wiener Sympressie die Rede, sondern von einer „Mission“, die Dollfuß gemeinsam mit seinen Christlich-Sozialen dem katholischen Deutschum gegenüber glaubt erfüllen zu müssen. Nicht von der großdeutschen Aufgabe in Mittel- und Westeuropa wurde gesprochen, sondern von der „christlichen Mission“ nach der Richtung der legitimistischen Kreise die Aufgabe zufällt, „Europa vor dem Rationalisierungsgeist zu retten.“ Nicht von der Verbundenheit aller Deutschen im christlichen und völkischen Sinne sprach der Weltminister Vauginon auf der Tagung des katholischen Soldatenbundes, sondern davon, daß die österreichische Wehrmacht an der Grenze gegen Deutschland auf der Wacht stehe, „um die Heimat vor einem Einfall zu schützen.“

Der Katholikentag stand im Zeichen der 250-jährigen Widerkehr der Befreiung Wiens von der türkischen Besatzung. Dollfuß und die ganze Legitimistische gaben sich alle Mühe, den eigentlichen Zweck des Tages: ein Bekehrungstest der katholischen Deutschen zu sein, hinter dieser Gedankensfeier zurücktreten zu lassen. Ihnen kam es darauf an, im Schatten eines historischen Ereignisses — mit der Front gegen Deutschland — die von ihnen erstrebte Verbundenheit Wiens mit den nicht-deutschen Staaten des Ostens zu betonen. In diesem Sinne waren ihre Mißdeutung und Umstellung der geschichtlichen Tatsachen recht. In unwürdiger Weise war ihre Presse bemüht, die Befreiung Wiens, die doch vor allem eine Gemeinschaftstat der deutschen Stämme gewesen ist, als das ausschließliche Verdienst des „Polenkönigs Sobieski zu feiern, und aus dem Deutschen Katholikentag eine Art „österreichischer Verbündungsfeier“ mit Polen zu machen. In demselben Sinne ist ein Artikel, der in der „Wiener Allgemeinen Zeitung“ als Erinnerung auf einen die Befreiungsschlacht silbernden Aufsatz der „Wiener Neuesten Nachrichten“ erschien. Es heißt dort: „Obne den König Sobieski und seine Reiterei hätte Europa heute ein ganz anderes Antlitz.“ Die polnischen Reiter hätten „wie die Vögel gekämpft“

und die Schlacht gegen die Türken entschieden. Die „Wiener Neuesten Nachrichten“ hätten Österreich und dem mit ihm verbündeten Polen einen Dolchstoß versetzt. Doch mit Österreich verbündete Polen brauche sich jedoch durch die „empörenden Angriffe“ nicht getroffen zu fühlen; daß die Polnische Eingruppenagentur nahm den durchaus sachlich gehaltenen Artikel der „Wiener Neuesten Nachrichten“ zum Anlaß, um die Übereinstimmung der polnischen Auffassung von dem „unerbittlichen Verdienste“ Sobieskis mit derjenigen der Legitimistischen Regierung zum Ausdruck zu bringen. Dieser Artikel, so heißt es da, habe in Wien nicht nur in polnischen, sondern auch „in österreichischen Kreisen“ Entrüstung hervorgerufen und von „zufälligen Stelle“ werde berichtet, daß „alle maßgebenden Stellen Österreichs den Inhalt des Blattes, der unter keinen Umständen als Ausdruck der öffentlichen Meinung Österreichs angesehen werden könne, abzuwehren.“ (II) Über den Schmach läßt sich nicht streiten. Die Wiener Legitimisten haben ja einige Übung darin, den Gegnern Deutschlands Feindseligkeiten zu legen. Man braucht sich daher auch nicht mehr darüber zu wundern, daß sie im Falle der Befreiung Wiens die deutsche Geschichte verleugnen und als geübte Vorkämer der polnischen Eitelkeit schmeicheln.

Daran hat Dollfuß anknüpfen gar nicht gedacht, daß die propagandistische Herausstellung der Befreiung Wiens von der Türkeneinwirkung im Jahre 1933 eine sehr unzeitgemäße Angelegenheit ist. Es ist durchaus zu verstehen, wenn die Kirchen die Wiener Feierlichkeiten als eine Verschlimpfung der im Weltkrieg bewiesenen „Waffenbrüder“ und „Waffenbrüder“ ansehen. So fragt ein türkisches Blatt, „der in Göttingen für den Bestand Österreichs kämpfte, Euer Bundesgenosse? Geizt es sich, im Jahre 1933 das Horn der Kreuzritter bliesen zu lassen? Während des Weltkrieges hat auch Ihr Soldaten zu uns geschickt. Auch von Euch fand mancher bei uns den Tod. Ihr löst die Seelen dieser Eurer Götter in ihrer Ruhe...“ Welche ein weltberühmter Kirchen- und Wehrtaugender im Jahre 1933... In Österreich herrscht jetzt ein Herr von sehr geringer Körpergröße, dieser Herr regiert gegen die nationalen Empfindungen der Österreicher, deren Land ein deutsches ist. Hand in Hand geht er mit denen, die Österreich begünstigen und verhätscheln, nimmt von ihnen unbedenke Anleihen entgegen und kämpft gegen Deutschland, die gegen seinen eigenen Bruder. Ist es nicht angebracht dieser Sendung angebracht, daß die Kirchen uns über ihn ärgern? Dieser Herr ist mit einem Aushenken verbunden, mit seinen alten Feinden oder verbündet. Der österreichische Staat kann mit solchen inaderationalen Maßnahmen, indem er die Gefühle der Bruderhaft und Waffenbrüderlichkeit vergißt, mit Hilfe der Kirche seinen Ruf und sein Ansehen nachträglich kaum mehr.“

Es wäre wahrhaftig sinnvoller gewesen, den Deutschen Katholikentag in Wien im Zeichen eines anderen Gedenktages zu feiern: Am 10. September vor 14 Jahren wurde das Diktat von St. Germain unterzeichnet. Warum hat aber nicht ein deutscher Minister das Dollfuß-Kabinetts dieses Tages abgelehnt, an dem die feineren Verbündeten des deutsch-österreichischen Volkes begann? Der Katholikentag hätte, wenn er im Zeichen dieses Gedenktages begangen worden wäre, ein großartiges Bekenntnis des Freiheitswillens der deutschen Nation werden können. Anstatt dessen wurden die Befürworter des Dollfuß-Regimes, die Feinde der großdeutschen Einheit, in Wien als mit Freiheitsbegehrung bekannten, in inadertrüger Weise geschmäht und wurde die Waffenbrüderhaftigkeit des Weltkrieges verleugnet.



Wer dieses Zeichen trägt,
wird als Mitglied des
Bundes Deutscher Osten
für ein starkes deutsches Ostland.

Vollzug in Not.

Im Auslande bereitet man sich auf das ruhmlose Ende der Vollzugs-Herrlichkeit vor. Einige englische Blätter sagten kürzlich dem böhlgigen Rücktritt des Bundeskanzlers voraus, „Napoleon Vollzug, Bundeskanzler von Österreich, so führt es u. a. der „Daily Express“ äußert sich schon in diesem Sinne, die Blätter müssen sich nun bald entschließen, wenn sie nicht zu spät kommen wollen.“ „Private Nachrichten aus Wien“, hieß es in „Evening Standard“, „machen es jeden Cas klarer, daß sich Vollzug nicht mehr zu halten vermag.“ Die Meldung englischer Blätter, daß Vollzug zu nun Rücktritt bereit sei, wurde von den „ausländischen Stellen“ ausdrücklich benannt. Aber es heißt gar kein Zweifel, daß sich auch der Militärdiktator vollstätt mit dem Gedanken, das blühende Schiff zu verlassen. Die Gegensätze unter den Kabinettmitgliedern haben sich in letzter Zeit offenbar erheblich verschärft. Der kleine Vollzug kann sich gegen den Major Feib, der sich zum Militärdiktator berufen fühlt, anheimeln nur noch mit Mühe behaupten. Fürk Starbembetz, der Schrankenkeude des Kabinetts, ist seinen Ministerkollegen durch seinen persönlichen Gehorsam auf die Ketten gefallen und vorerst etwas kalt gelassen worden. Schamy und Winkler, die Bundesauditorertr im Kabinett, bemühen sich vorzugehen, die Schärfe des legitimistischen Purkes etwas zu mildern. Zu allem führt ihn Vollzug auch noch von Frankreich und England, auf deren politische und vor allem finanzielle Unterstützung er seine Politik aufgebaut hatte, verlassen. Nun, da sich Sten im Verlöschen ist, scheint auch die Sozialdemokratie nicht mehr so wichtig als die Sozialisten, die sich um die Sozialisten zu sein. Er bereitet sich darauf vor, Österreich seinem Schicksal zu überlassen. Er hat sich nicht weit von der österreichischen Grenze auf südlawisch ein Gebiet einen Gutsohof gekauft; dort will er sich anheimeln, wenn über kurz oder lang jene politische Rolle in Wien beendet sein wird, vor „seinem“ Österreichern in Sicherheit bringen. Es darf keinen Saun mehr, die antifeudale Politik mit dem Mitteln einer geschäftlichen Über zu umgehen und von der europäischen Welt des „österreichischen Ansehens“ zu sprechen. Mit solchen Parolen löst sich weder das Ansehen der nationalsozialistischen Bewegung verbinden, noch ist Frankreich damit für die weitere Finanzierung eines bankrotten Regimes zu gewinnen.

Der Machtkampf in Österreich ist nichts anderes mehr als das jenseitige Wüten von zwei Feinden. Eine gegen die liberale Kraft der nationalsozialistischen Über und des großdeutschen Gedankens. Jede Sympathieäußerung für das Reich und den Nationalsozialismus wird mit härtesten Strafen geahndet. Die nationale, großdeutsche Presse wird durch Zensur und Verbote niedergebunden. Aus der Verwaltung werden die Beamten und Angestellten, die sich im nationalsozialistischen Sinne betätigt haben, fristlos und ohne Denunziation gedrückt aus der Ämter entfernt. Die „österreichischen“ Beamten sind in schlechter besetzte Stellen versetzt. Reichsdeutsche Studenten, Journalisten, Gewerbetreibende und Korinthen werden auf den bloßen Verdacht nationalsozialistischer Betätigung hin ins Gefängnis geworfen und nach Verhörung der Strafen über die Grenze befördert. Lausbäre Österreichischer Nationalsozialisten haben sich den Verfolgungen des Vollzugsregimes durch die Klugheit nicht entziehen können. Zahlreiche Schüler der deutschen Freitagsbewegung ist wegen staatsfeindlicher Betätigung in die österreichische Staatsangehörigkeit überkammt worden. Reichsdeutschen Studenten wird der Besuch österreichischer Hochschulen verboten. Die deutsche Studentenliste ist wegen ihres Bekanntheitswert zum großdeutschen Gedanken aufgeführt worden. Durch Verordnung wurde verfügt, daß die Rollen polizeilicher Maßnahmen, Berechtigungsausgaben, Aufenthaltsgewährungen, Konsortien, Quartierstellen usw. nicht ohne zu tragen sind, die durch „verbotenes Verhalten“ die Maßnahmen verurteilt oder dieses Verhalten begünstigt oder gefördert haben. Es fällt schwer über das, was manche Leute in Wien unter „Regieren“ verstehen, keine Satyre zu schreiben.

Und der Erfolg? Der Nationalsozialismus ist in Österreich heute härter als je. Die verbotene KSD-Propaganda ist die einzige, die in der Bevölkerung noch einen Anklang findet. Die Bevölkerung mußte. Die Macht der Regierung ist auf 50.000 behaltene Balaunete gegründet. Aber selbst auf Bundesbesatz und Polizei kann sich die Regierung kaum mehr verlassen. Beide sind stark nationalsozialistisch durchsetzt. „Wir können es mit dem Geist unserer deutschen Soldaten und mit unserem Willen vor unserm Volk“, so erklärten kürzlich zwei aktive österreichische Offiziere, „nicht ohne Verbrechen, in einer Armeekorps einzuführen, deren Hauptmotive sind der Wille der deutschen Soldatenregime nicht mehr vereinbar sind.“

Die Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“ veröffentlichte vor kurzem eine sensationelle Meldung aus Wien, der zufolge Vollzug die Absicht haben soll, aus Österreich einen unabhängigen Staat nach italienischem Muster zu machen. Vollzug meint mit „unabhängig“ nicht ein „autonomes“ einigermaßen radikal als die Nationalsozialisten. „Vor allem aber wolle er ein ultrakatholisches Regime, das die Billigung des Papstes habe, aufrichten.“ Vollzug scheint der Ansicht zu sein, dadurch, daß er seiner Herrschaft ein „katholisches“ Aussehen gibt, dem Nationalsozialismus und dem großdeutschen Gedanken das Wasser abgraben zu können. Er scheint „eine“ Österreich glauben machen zu wollen, daß er, der bisher nicht mit dem Reich verbunden, durch die Verhältnisse in Wien, der rechte Mann dafür sei, eine antifeudale Regierung zu leiten.

Ähnliche Gedankengänge bildeten auch den Inhalt der Rede, die Vollzug im Rahmen des katholischen Festes auf einer Kundgebung der sog. „österreichischen Front“ hielt. „Die Zeit des liberalistischen Kapitalismus, der marxistischen Bolschewismus und der sozialistischen Sozialisten ist über uns verstrichen“, sagte er; aber zu gleicher Zeit verlor er mit größtmöglicher Eifer gerade die Bewegung, die am entfeudlichsten und erfolgreichsten die liberal-kapitalistische, marxistische und partei-politische Bewegung bekämpft. „Wir loben Gleichzeitigkeit und Terror ab“, sagte er weiter; aber zu gleicher Zeit läßt er seine Feindmächte die Nationalsozialisten förmliche Jagden veranstalten. „Wir wollen den Sozialismus durch einen Sozialismus auf Grund und Grund abgeben“, verkündete er, — aber er meinte den kirchlichen, antisozialistischen „Almosenfuß“. „Wir sind“, fuhr er fort, „so selbstherrlich deutlich, daß ich es eigentlich als überflüssig empfinde, das zu betonen! — und trotzdem ist er mit staatlichen und überstaatlichen Mächten verbunden, die niemals die Fremde des deutschen Volkes gegenüber nicht immer wieder betont“, behauptete er; aber vor drei Monaten wies er die Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten, als diese den ihnen gebührenden „Platz“ in der Regierung forderten, entschieden zurück und beschwor damit einen Machtkampf heraus, der von seiner Seite mit allen Mitteln feindsüchtiger Gewalt, von Seiten der Nationalsozialisten aber mit einer feindsüchtlichen, überausgenutzten und Orientierungsweg war. „Wir haben“, sagte er, „die Freiheit, die Freiheit über uns zu entfesseln vermag.“

Vollzug scheint am schließlichen Erfolg seines Kampfes gegen den Nationalsozialismus zu zweifeln. Denn nicht nur in dieser Rede, sondern auch schon einige Tage zuvor, in einer Unterredung mit dem Vertreter eines Pariser Blattes, hat er burlesken lassen, daß er einer Verabredung mit den Nationalsozialisten nicht abzugeben will. Der Bundesminister der KSD, Feib, hat sich, wie er berichtet, hatte schon am 10. September im bayrischen Landfunk zu diesen Verhandlungsabhandlungen des Kanzlers Stellung genommen: „Wenn die Herren in Wien heute glauben, sie könnten so tun, als ob in den letzten Monaten gar nichts geschehen wäre, so täuschen sie sich. Sie haben aus freien Stücken an die Welt appelliert, sich mit den Nationalsozialisten nicht abzugeben. Die Bewegung Österreichs hielt klar und eindeutig fest, daß Verhandlungen zwischen ihr und der Regierung Vollzug zum Gegenstand hat die Frage haben können, wie diese Regierung ohne weitere Schäden für das Volk ihre unheilvolle Tätigkeit liquidieren und von der politischen Bühne abtreten kann. Die nationalsozialistische Bewegung Österreichs erstrebt nun, was nie vor eine Zeitlang der Fall war, die Freiheit zu gewinnen, was die grundgesetzlichen Forderungen abzugeben, die sie vor drei Monaten angemeldet hat und die damals von der Wiener Regierung abgelehnt wurden. Sie verlangt: Volle Wiederherstellung ihrer Rechte und Freiheiten als politische Partei nach dem Wunsch und dem Sinne der Verfassung und der Gesetze; Zurücknahme aller Maßnahmen gegen die Schüler und Mitglieder der Bewegung; Beteiligung an einem liberalen Kabinett in einem ihrer Stücke entsprechenden Verhältnis; Ausschreibung von Neuwahlen von größtmöglicher Kern und Neubildung einer Regierung nach Maßgabe des Wahlergebnisses.“

Vollzug hat neulich in einer Veranlassung erklärt, daß er sich auf der „Abstraktionsskonferenz“ für die Wiedererrichtung der österreichischen Demokratie einsetzen werde. Aber es ist kaum anzunehmen, daß er in Genf mit einer solchen Serenade durchdringen wird. Denn die Vollzug und Feib sind der Pariser Regierung keine geringe Gemähr dafür, daß sie sich ein auf der allgemeinen Öffentlichkeit aufgebautes österreichisches Heer als Druckmittel gegen Deutschland nicht ausnutzen lassen, weil sich dieses Heer so aus einer Bevölkerung rekrutiert, von der man in Paris weiß, daß sie mit dem Reichsdeutschen und gerade in ihrem mehrheitlichen Glauben durchaus antideutsch und nationalsozialistisch eingestellt ist. Immerhin haben Frankreich und England sich in einer Erklärung zu österreichischen Wehrmacht einander erklärt. Jedoch nur in der Form, daß neben dem regulären Bundesheer für die Dauer eines Jahres ein freiwilliges Hilfskorps von etwa 3000 Mann aufgestellt wird. Paris und London haben ihre Einwilligung dem Vorhaben, die durch die dortigen österreichischen Wehrminister Danquon schon dafür sorgen wird, daß in dieses Hilfskorps nur „einwandfreie“, d. h. hinterlistige Leute eingestellt werden. Von der wehrpolitischen Disziplinierung durch das St. Germainer Diktat ist Österreich durch diese Maßnahme durchaus nicht befreit. Dagegen hat die Regierung Vollzug durch ihre Bemühungen um wehrpolitischen Dienste zu erkennen gegeben, daß sie u. U. selbst keine Gedanken tragen möchte, die allzu stark an die Nationalsozialisten denken lassen. In Deutschland denkt niemand daran, der österreichischen „Unabhängigkeit“, als deren Schützer sich die Wiener Regierung ausruft, mit Gewalt ein Ende zu machen. Deutschland will nichts anderes, als daß dem Willen der österreichischen Bevölkerung Genüge geschieht. Es will nichts anderes, als daß das schädliche Legitimistengesetz in Wien von der Hand genommen wird. Die Regierung hat auch in der Sache Österreich einbehalten eine Periode fröhlicher Aufzucht in europäischen Sündenkindern begünstigt.

Danzig kämpft um den Frieden.

Am 18. September soll das Hafensanctum zwischen Danzig und Polen unterzeichnet werden. Die Verhandlungen, die seit dem Abschluß des Vorkriegsvertrages vom 5. August d. J. abwechselnd in Danzig und in Warschau geführt werden, kamen nur langsam zum Ziele. „Polenischerseits war man von vornherein bemüht, wenn nicht jede Regelung überhaupt zu verhindern, so doch wenigstens nach Möglichkeit jede feste Bindung in der Hafenfrage zu vermeiden, um freie Hand beim weiteren Ausbau Gdingens zu behalten. Gdingen hat heute schon“, hieß es im „Kurier Polski“, dem Organ der polnischen Schwerindustrie, „eine Überlegenheit über Danzig, die nicht mehr aufgegeben werden darf. Eine Verhängnisung mit Danzig ist gut; sie darf aber nicht auf Kosten Gdingens gehen.“ Diese Äußerung läßt auf polnischer Seite einen Verständigungsbereitschaft erkennen. Die polnische Presse sprach von einem Abkommen, das am 1. Oktober d. J. bis zum 30. September 1934 in Kraft bleiben und auf dem Grundlag aufgebaut werden soll, daß weder Danzig noch Gdingen ein formales Monopol auf irgenwelche Transporte bei der Ein-, Aus- und Durchfuhr besitzen. Dabei soll jedoch die Spezialisierung der beiden Häfen, die sich bisher herausgebildet hat, beibehalten werden. Mitbis soll Gdingen auch weiterhin der ausschließliche Umschlagplatz für die Einfuhr von Zucker, Getreide, Getreide, Kaffee und Tabaks und für die Einfuhr von Schrott und Wolle bleiben. Im übrigen aber sollen dem Danziger Hafen von allen ein- und ausgeführten Gütern bestimmte Kontingente zugewiesen werden, deren Höhe sich auf insgesamt etwa 5 Mill. Co. im Jahre beläuft. Das wäre etwa die Höhe des letztjährigen Gesamtumschlages über den Danziger Hafen. Das Abkommen soll verschiedene Klauseln enthalten, deren wichtigste die des Danziger Handelsabkommens in demselben Maße herabgesetzt werden, in dem sich etwa die jeweilige Ein- und Ausfuhr Polens verringert. Demnach sollen also von Danzig ganz erhebliche Opfer verlangt werden: Danzig soll mit Gdingen etwa zu gleichen Teilen in eine Gütermenge teilen, die es im wesentlichen auch allein leicht zu bewältigen könnte. Das Mengenverhältnis des Gütermischlages der beiden Häfen soll nach Meinung der Danziger Partei im Verhältnis 1:2 im Stande festzulegen werden, der Danzig nicht im untersten Teile die volle Ausnutzung seines Hafens gewährt. Im Jahre 1932, das als Richtjahrsjahr angenommen werden soll, hatte der Gütermischlag im Danziger Hafen bereits einen Rückgang um mehrere Millionen Tonnen gegenüber den Vorjahren zu verzeichnen. Aber nicht einmal die 5 Millionen Tonnen sollen Danzig über sein. Die erwähnte Konvention ist in Danzig als ein sehr wichtiges Ereignis angesehen, da ja in ein weiterer Rückgang des polnischen leistungsfähigen Außenhandels unvermeidlich erscheint, einmal deshalb, weil England mit seiner Kohle wieder Töden auf den nördlichen Märkte gewinnt, und weiter deshalb, weil jetzt der neue polnische Zolltarif in Kraft gesetzt wird, der die Einfuhrmöglichkeiten und mitbun auch die Exportmöglichkeiten noch stärker beschränken wird als bisher. In Polen besteht ganz offensichtlich die Erwartung, daß ein einseitiges Abkommen mit dem letzten regulären Abkommen mit Danzig zu schließen. Das sollen die letzten Verhandlungen sowohl wie der Beschluß eines energiegelben weiteren Ausbaus Gdingens erkennen.

Danzig innerpolitische Entwicklung folgt der des Reiches. Die „Parteienfreiheit“ ist zu Ende. Als erste der größeren Parteien hat die Deutschnationale Volkspartei Danzigs den Weg der Selbstauflösung beschritten, da, wie der frühere Senatspräsident Dr. Ziehm in einem an seinen Amtsnachfolger Dr. Kaufmann gerichteten Schreiben sich ausdrückt, „für eine fruchtbringende politische Arbeit der DVP

keine Möglichkeit mehr besteht“. Zugleich forderte Dr. Ziehm seine politischen Freunde auf, „die nationalsozialistische Regierung in ihren schweren Aufgaben und in ihrer Arbeit für die Erhaltung der Freiheit nach besten Kräften rückhaltlos zu unterstützen“. Die kleinen Parteien der bürgerlichen Mitte haben es in Danzig kaum noch nötig, sich aufzulösen; sie sind entweder schon zu einem Wertsitz zusammengestürzt oder sie haben schon vor einiger Zeit ihr Aufgehen in der NSDAP beschlossen. Nachdem der Stadtrat bereits seit längerer Zeit, dem entsprechenden Vorgange in Reich folgend, sich der NS eingereiht hat und auch die Nationalliberalen ihre Selbstauflösung beschlossen haben, bestehen neben der NSDAP nur noch die beiden marxistischen Parteien und das Zentrum — wenn man von den Polen, die wohl als Kuriosum fortbestehen werden, abliest. Das Zentrum vertritt vorerst noch kein Partei in Polen zu retten. Dem nationalsozialistischer Seite wird jedoch kein Zweifel darüber gelassen, daß man dort die Existenzberechtigung dieser Partei grundsätzlich verneint; die Vertretung konfessioneller Belange durch eine politische Partei erübrigt sich, zumal der Nationalsozialismus im Reich durch den Abschluß des Konkordats demiebt hat, daß er besser als das Zentrum sich auf die Wahrung kirchlicher Rechte im Rahmen der nationalen Grundgesetzen verweist. Auch dem Danziger Zentrum wird nichts anderes übrig bleiben, als aus der allgemeinen politischen Entwicklung die Folgerungen zu ziehen, d. h. sich aufzulösen. Der innere Zerfall der Partei ist im vollen Gange. So hat Senator Wiercinski-Kaiser, der unter Ziehm Senatspräsident gewesen war, seinen Austritt aus der Zentrumspartei erklärt mit der Begründung, daß auch in Danzig die Parteien als politische Ausstrahlung des Reiches zu betrachten sind, die sich auflösen müssen, wenn sie nicht anders überleben wollen. Die katholische Jugend Danzigs ein Schreiben, in dem sie sich rückhaltlos zum neuen, von der nationalsozialistischen Bewegung geförmten Staate bekennt. „Da die Zentrumspartei“, heißt es in der Erklärung des Landesverbandes Danzig der deutschen Windthorstbünde, „unserem Verlangen zur Selbstauflösung nicht entsprach, werden wir jetzt zu eigenem Handeln verpflichtet. Wie sollen wir, wenn wir die nationalsozialistische Bewegung nicht ablehnen wollen, Windthorstbünde als die politische Formation katholischer deutscher Jugend in Danzig auf, um frei und ehrlich kämpfen zu können für Christi Reich im neuen Deutschland.“ Was schließlich die marxistischen Parteien anlangt, so geht das Bestreben der Danziger NSDAP, dahin, zunächst einmal den gesamten Verwaltungsapparat zum national unzulässigen Element zu erklären und anschließend die Parteiführung der NSDAP zu übernehmen, daß nach Durchführung dieser Entsammlung des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens durch den Nationalsozialismus von den marxistischen Tönen noch viel übrig sein wird. Neben anderen befinden sich auch der Führer der Danziger Sozialdemokraten, Genosse Bill, in Haft; er wird sich wohl bei Befreiung nur geringfügig abgeben, was nicht über das gegen seinen frühesten Senatsvorsitzende Marthe Krick ist wegen fortgesetzten Betrug und Unterhändler Anklage erhoben. Die Fälle der größeren und kleineren Skandale, in denen sich die Vertreter der abgemehrten Parteien Systemregierungen ihre Wesen bekleckert haben, ließe sich beliebig verlängern. Die Gleichhaltung in Danzig vollzieht sich mit derselben Konsequenz, die in der Verwirklichung des nationalsozialistischen Totalitarismus anpruchlos erfüllt sich mit derselben Folgerichtigkeit wie im Reich — nur mit Rücksicht auf die verfassungsrechtliche Sonderstellung der Freien Stadt auf etwas anderem Wege als hier.

Gdingen als Baumwollhafen.

Schon bald nach Beginn des Vorkrieges mit Deutschland (1925) tauchte in Polen der Plan auf, die Westküste für die eigene Textilindustrie, die bis dahin ausschließlich in Ostpreußen und durch deutschen Handels belegen wurden, künftig aus den Erzeugungsstätten direkt zu beziehen, und zwar über Gdingen, das zu einem großen Baumwollumschlagplatz ausgebaut werden sollte. Die Verwirklichung dieses Planes ließ freilich auf sich warten, da dort erst die erforderlichen Einrichtungen geschaffen werden mußten, und auch die Finanzierung der Investition in Danzig war erst nach der großen Wirtschaftskrise bereitete auch diese Frage gestellt war, begann um die Jahresende 1930/31 die Einfuhr von Baumwolle über Gdingen zunächst in bescheidenem Umfang. Sie betrug bis Mitte 1931 nur 2622,6 Tonnen und erreichte bis zum Jahresende insgesamt 6063,4 Tonnen. Das erste Halbjahr 1932 brachte weitere 7302,7 Tonnen, aber in der zweiten Jahreshälfte beschränkte sich die Einfuhr auf nur 2718,4 Tonnen, die bereits auszumachen ist auf die Baumwollzufuhr liegt auf 1933 2500 Tonnen, so daß die Gesamtzufuhr von Rohbaumwolle im vorigen Jahre dort bereits auf 26390 Tonnen stieg. Die erste Jahreshälfte 1933 brachte dann eine weitere starke Zunahme auf 34 098 Tonnen. Es ist daher kaum zu zweifeln, daß die Gesamtzufuhr des laufenden Jahres die von 1932 ganz erheblich übersteigen wird. In dem Jahresbericht 1925 bis 1931 bezog Polen insgesamt 247 773 Tonnen Rohbaumwolle, und zwar zu mehr als 90 p. h. aus Deutschland. Bei Berücksichtigung des Umfanges, daß die polnische Industrie in diesem Zeitraum verhältnismäßig wenig unter Kriseneinwirkungen zu leiden hatte, ergibt sich demnach ein Normalbedarf der polnischen Baumwollindustrie von 68 345,5

Tonnen jährlich. Daß die Baumwollzufuhr über Gdingen diese Menge im laufenden Jahre erreichen wird, ist bei der schwindend raschen Entwicklung der polnische Baumwollindustrie über deutsche Häfen im laufenden Jahre fast ganz aufgehört hat, so ergibt sich, daß Polen mit der Förderung seiner Baumwollindustrie über Gdingen sein Ziel, sich für den Weg dieses wichtigen Rohstoffes von Deutschland unabhängig zu machen, in Danzig bereits erreicht hat. „Polen“ werden, das nicht nur die polnische Textilindustrie, sondern auch die der Rohwollländer insbesondere der Randstaaten, Schwedens und der Etschschonowaker, mit Rohbaumwolle versorgen sollte. In dieser Beziehung blieb der polnischen Aktion aber der Erfolg versagt. Gdingen konnte sich in den letzten Jahren nicht zu einem Einfuhrhafen für Baumwolle erheben, aber ein Baumwollhafen zu werden, was es nicht, weil die internationalen Verhältnisse, die als Runden Gdingens in Frage kamen, ihren bisherigen Lieferanten in Bremen und Liverpool durchwegs treu blieben. Eine Ausnahme bilden nur einige scheidende Firmen, die im vorigen Jahre 2555 Tonnen Rohbaumwolle über Gdingen bezogen, und wenn diese Menge im laufenden Jahre auch eine Steigerung erfahren mag, so wird wohl auch dort eine Erneuerung kommen können. Es ist demnach, daß die Umstellung der scheidenden Baumwollversorgung zum deutschen Handel nicht so leicht durchzuführen ist. Und die neuen Karistimmungen der Reichsbahn werden diese Einstellung zweifellos noch beschleunigen.

Die baltischen Staaten.

Vettland.

Was zu erwarten war, ergab sich eine mehrte Stütze von Beschlüssen seitens der gesamten sozialdemokratischen Presse Teltaus auf den lettischen Gesandten in Berlin, Kriemins, der zum Parteitag nach Nürnberg gefahren war. Die „Socialdemokrats“ brachte unter der Überschrift „Der lettische Gesandte begrüßt den Sozialismus“ einen Artikel, in dem es u. a. heißt: „Wenn dies wirklich den Katalysator entzündet, so ist das ein Skandal.“ Dieser Schritt ist nur ihm zum Ruhme zu machen, obwohl die Einmündung Kriems. Da die RSDAP kein Staatsorgan ist, sondern nur eine private politische Organisation, der gegenüber kein Staat diplomatische Verpflichtungen habe, „so leben wir in der Sphäre nur einer Verbeugung vor Hitler und eine Fortsetzung der 'Bücklinge des lettischen Außenministers Salnais vor dem deutschen Außenminister von Neurath in London.“

Um den Schimpfereien entgegenzutreten, veröffentlichte das lettische Außenministerium eine „Pressenotiz des Inhalts, daß nicht nur der lettische, sondern sämtliche diplomatische Vertreter von Hitler zur Teilnahme am Reichsparteitag eingeladen worden wären und der Einladung auch Folge geleistet hätten. Diese Verichtigung genigte der „Socialdemokrats“ jedoch nicht. Sie brachte einen weiteren Artikel unter der Überschrift: „Es ist und bleibt ein Skandal.“ „Wir uns ist es einleuchtend“, schreibt sie, „daß die Gesandten eingeladen worden sind oder nicht.“ Wenn Ostasen, Litauen und ein anderer jährländischer Staat (mit wem ist denn Litauen jährländisch?) seine Vertreter nach Nürnberg schicken, so nimmt es nicht wunder. Wenn es aber der Gesandte des demokratischen Vettland tut, so ist das ein Skandal. Kriemins hätte ganz ruhig abgehen können. Die Hitlerleute haben die ausnähmlichen Vertreter nur zu einem Repräsentationszweck eingeladen, um ihnen immer mehr linken Auf zu geben. (II) Auf jeden Fall ist eine beratende Anberedungspolitik vom Blickpunkt des Staatsinteresses ein Skandal. Unmülllich trägt man sich, was unsere Bürgerlichen dazu sagen würden, wenn z. B. unser Gesandter in Moskau einen Kommunistenkongreß mitmachen würde.“ (I) Die „Socialdemokrats“ will weiter wissen, daß für den Parteitag in Nürnberg unzulässige Milizen ausgegeben werden sind, während Millionen Arbeiter auf den Straßen Hungern sterben. (II) Außerdem hätten große Teile der SA dem obersten Führer den Gehorham verweigert und es wäre nur mit großer Mühe gelungen, die Ruhe wieder herzustellen. (III) Zum Schluß heißt es: „Auch diese jährländische Maskerade wird vergehen, und es kommt noch einmal der Tag, der das Gerücht der Arbeiterhaft lösen wird.“ (I)

„Dah einige deutsche Schulen in Vettland aus Anlaß des Nürnberger Parteitages den Schulerunterricht unterbrochen hatten, um den Schülern Gelegenheit zu geben, die Reden zu hören, ist für die Vinksparte ein besonders gewichtiger Grund, um gegen alle Deutsche zu gehen. Die „Socialdemokrats“ findet es unerhört, daß den Hitlerleuten volle Freiheit gebührt würde, und wendet sich in dieser Weise gegen die lettische Regierung, die die Hitlerpropaganda ruhig gelassen läßt und damit die Rolle eines Kotenagars in der jährländischen des demokratischen Vettland spielt.“ (I)

„Auch die jüdische Hebe gegen die „Hitlerjüdischen Mörderbanden“ geht unermesselt weiter. Müßiglich scheint aber nicht nur der lettischen Regierung, sondern auch den lettischen Bauern ein Vökt aufzunehmen, was für ein Drohnamswort sich bei in Vettland selbsteht hat. Die jüdischen „Emigranten“, die ein unerhört arrogantes Verhalten zur Schau tragen, fangen an, auch dem töstesten Anhänger der Internationalen löstig zu werden. Als z. B. ein jüdischer „Emigrant“ aus Vettland ausgenommen wurde, protestierte dagegen nur die unentwogene „Socialdemokrats“. Sie brachte einen mitleidig getrimmten Artikel unter der Überschrift: „Die jüdischen Mörderbanden“ und forderte den Vökt im binanzgetriebenen, aber die Hitlerleute wieder verurteilt. „Unterfall ist die Stellung der lettisch-jüdischen „Dejea Fried“, die sich anfangs auch für die „Emigranten“ eingesetzt hatte, neuerdings aber fordert, daß „Ausländer und Fremdbürger“ nicht mehr als Kämpfer auftreten dürfen. „In einem Vökt die lettische Kunit bedroht!“ beileiten. „Auf die jüdischen Mörderbanden“ und die jüdischen „Emigranten“, der sich jetzt neuerdings um einen Vökt der Rigauer Staatsoper bemornt hat, trotzdem er sich bereits früher einmal durch sein Auftreten in Rigas unangenehm bemerkbar gemacht hatte.“

„Wenn es gilt, über das baltische Deutschland herzufallen, so sieht sich alle lettischen Parteien ein, mögen sie sich lieber noch so fertig befinden. „An einen grundlegenden Auftrag“ Dr. Borbards in der „Näglichen Rundschau“ der Rigauer lettischen Agrarreform befolgt, folgte sofort eine Flut von Beschlüssen und „Antegeworfen“. Dr. Borbard muß in seiner hier fastlich gehaltenen Arbeit u. a. auf die vier wichtigsten jährländischen Fehler der lettischen Agrarreform hin. Als solche bezeichnet er:

1. die unzulässigungslose Entsendung des deutschen Vöktbefehles;
2. die unzulässigungslose Entsendung der zum Vöktbefehle gebörigen Vöktler;
3. die Ausschaffung der Landesregierente bei der Vöktenteilung (das sind die deutsch-baltischen Truppen, denen in erster Linie die Befreiung des Landes vom Vöktismus zu verdanken ist) und
4. die alle große Befreiung des Restgutbesitzes.

Dr. Borbard ist der Meinung, daß diese Fehler miederzugesetzt werden können. Der ehemalige Ministerpräsident und Abgeordnete Kriemins unterbreitete sich in zwei längeren Vöktchen in der „Näglichen Rundschau“ der Rigauer lettischen Agrarreform Dr. Borbards Gefolge zu widerlegen. Er schreibt u. a.: „Selbsterhändlich ist es, daß die weiter bestehende Agrarreform in unlerem Staat nicht davon abhängen kann, ob es die deutsche Bewegung (gemeint ist der Nationalsozialismus) wünscht oder nicht, denn der lettische Staat wurde doch gegen den Widerstand der Deutschen geschaffen... Aber aber weniger bedeutsam als Deutschland wegen des Vöktes, das es hat, ist die lettische Agrarreform hat ganz recht, wenn es das sagt; denn die lettische Agrarreform ist keine Reform der jährländischen Verhältnisse im eigentlichen Sinne, sondern ein glatter Diebstahl gewesen. Und es ist noch lange nicht selbsterhändlich, daß dieser vom lettischen Parlament sanktionierte Diebstahl weiter bestehen bleiben muß. Die lettische Agrarreform ist als politische antideutsche Maßnahme zu werten, und sie läßt sich als solche auch wieder rückgängig machen.“

Skukeniak erregt sich über die Ausbreitung der nationalsozialistischen Ideen im baltischen Deutschland; er meint: Dieser Vökt, in dem die junge deutsche Generation aufwächst, ist für die Vökten unmöglich. „Daß das Anwachen der nationalsozialistischen Bewegung in der deutsch-baltischen Jugend Skueniak nicht poht, kann man sich denken. Aber dieser Vökt wird sich um so schneller ausbreiten, je rücksichtsloser und feindseliger der lettische Staat das baltische Deutschland behandelt. Zu den vier Sorderungen Borbards schreibt Skueniak dann weiter: „Ihre Vermirkung würde der vollständigen Vernichtung der lettischen Agrarreform gleichkommen. Denn würde man den Gutsbesitzern die Restgüter vergrößern, so könnte das nur auf Kosten der schon bestehenden Restgüter geschehen; wenn man jetzt auch noch den Gutsbesitzern die Vökten weiltte, so hätten darunter meeres nur die lettischen Jungwirte zu leiden, denn man der Deutschen die Wälder zurückgeben würde, so käme das einer Wälderentfaltung des Großgrundbesitzes gleich; und wenn man schließlich den Gutsbesitzern Entschädigungen bewilligen wollte, so müßte man die Jungwirte mit neuen, für viele von ihnen untragbaren Steuern belagen.“ (Sorrfl. folgt.)

Ehlan.

„Wenn wir im Folgenden ein gedrängte Übersicht über die einflische Presse der letzten Wochen zu geben versuchen, so muß von vornherein bemerkt werden, daß seit Befehlen der Regierung mindestens die Hälfte aller politischen Artikel getrimmt wird.“ An Stelle der politischen Aufsätze erscheinen in der Presse allerhand Parabeln und Märchen, wohl auch naturwissenschaftliche Abhandlungen, aus denen der aufmerksame und mit den politischen Verhältnissen vertraute Leser die von der amtlichen Auffassung stark abweichende Ansicht des Artikelverfassers über gewisse Regierungsmaßnahmen ohne weiteres herauslesen kann. Ein Teil der Parabeln enthält gar keinen Bezug auf die Verhältnisse der baltischen Ostprovinzen, so daß die Regierung nicht weiß, in welcher Richtung die Aufsätze zu pingeln, die Vökterschaft im Sinne der Regierung über die innerpolitischen Vorgänge zu unterrichten. Die Regierung hofft anscheinend, dadurch den passiven Widerstand der Presse zu brechen. Das diegeselene Sensationsblatt „Kabaloch“ wurde neuerdings verboten, weil es ein Bericht brachte, dessen Zusammenfänge noch oben nach unten gelesen, dem Senlor einen wenig freundlichen Eindruck gaben. Diese so deutlich zum Ausdruck gebrachte Tendenz gegen die Pressepolitik der amtlichen Stellen hindert die Presse indessen keineswegs, ihren Kampf gegen die einflische Freiheitsbewegung fortzusetzen. Die Sphärezeitungen berichten über einen aus den Kreisen der Partei des gegenwärtigen Regierungsführers stammenden Vökt, der über die Regierungsorganisation abhandelt, ohne dabei die bestehende Verfassungssysteme zu berühren. Dieser Vökt wird einseitig durch eine möglichst weitläufige und weitgehende Auslegung der geltenden Staatsgrundgesetze, andererseits durch einige Ergänzungen zum Gesetz über die Tätigkeit und den Amtsbereich der Staatsregierung und der Ministerien. Die Vorthe des die Verfassung Staatsaltärer führenden Regierungsoberhauptes finden demnach nicht unannehmlich ermoert werden, und im Gegenteil der Staatsregime die aus der Volksvertretung gegenüber. Unten anhand soll dem Staatsaltärer sogar der Oberbefehl über die bemafnete Macht in Friedenszeiten übertragen werden, der bisher von der Sphäreregierung ausgeübt wurde. Ferner soll ein Ermächtigungsgesetz erlassen werden, das der Staatsregierung weitgehende Vollmachten in wirtschaftlicher Hinsicht und zum Schutz der öffentlichen Sicherheit iverträgt. Die parlamentarische Verantwortlichkeit soll durch die Ernennung der Disziplinarkomitee der Parlamentspräsidenten vervollständigt und die Amtsenthebung der Regierung durch ein Mistrustanopium erhöht werden. Die Staatsregierung erhält das Recht, die Dauer der Parlamentssitzungen festzusetzen und ihr nicht genehme Gesetzentwürfe mit Ausnahme von Budgetgesetzen von der Tagesordnung zu streichen. Diese Vökt schlägt oben den Zweck, dem Verfassungsänderungsorgan der Reichstagskommission, der im Oktober zur Verfassungsausschuss ernannt wurde, die Vökten folgen soll. Der gleiche Zweck verfolgt das „Bismarck“, wenn es eine Änderung des Gesetzes über den Volksentscheid fordert, und zwar dahingehend, daß in Zukunft die Hälfte aller Stimmberechtigten mit ja gestimmt haben muß, um einen Volksentscheid durchzuführen, während bisher eine Stimmenmehrheit genigte, die mindestens 30 v. H. aller Stimmberechtigten

ausmachte. Die Presse aller Parteien schloß sich dies mit der in der letzten Zeit sehr reger gewordenen Tätigkeit der christlichen Sozialdemokratie. Das Organ der Freiheitkämpfer „Wolffs“ stellt fest, daß die Sozialdemokratie neuerdings eine Einheitsfront mit den in Eiltand vertriebenen und illegal erwerbenden Kommunisten gebildet habe. Das mittelparteiliche „Wohlfahrt“ berichtet über eine große Parteiverbändlung in Stuttgart, aus der rechtslebendes Gleichmütigkeit von Verlorenen in der gegenwärtigen Zeit unverändert erhaltend außerordentlich radikale Entschlüsse zur Annahme, die u. a. die Notwendigkeit einer rückwärtslosen Bekämpfung der Freiheitsbewegung betont. Viel Beachtung fand in der Presse der einstige Vertrag, der am 19. und 20. August in Regal stattfand und der gezeigt hat, wie groß in Lehrkreisen der Einfluß der Sozialdemokratie noch immer ist. Dieser Einfluß scheint sich aus der jüngsten Zeit unverändert erhalten zu haben, was die Verhältnisse links erkennen läßt. Die Lösung empfahl der christlichen Partei die Aufstellung des national-jüdischen Arbeiterverbandes, Boykott aller national-jüdischen Organisationen

und im übrigen — Anstufung an bismarckianer Partei, die sich den Anforderungen der Lehre am genauesten erweisen würde. Anders Sorgen, als die um Sicherstellung ihrer materiellen Lage, scheint diese Verwertung nicht gehabt zu haben.

Zum Schluß kam an einer Vorbericht, die durch die meisten christlichen und leitenden Zeitungen gegangen ist, trotz ihres sehr sozialistischen Charakters, nicht vorübergegangen sind. Diese Blätter melden nämlich in diesem Zusammenhang, daß sich ein „Hilfsverein“ bilden sollte, der unter dem Namen „Hilfsverein“, Baron Berni Eisenbahnen, seine jüdische Gestalt erwarbt haben soll. An sich wäre keinerlei Verurteilung gezogen, sich mit dieser Angelegenheit zu befassen. Es muß lediglich die lägerliche Unterstellung abgewiesen werden, daß es sich bei Baron B. Eisenbahnen um einen Agenten Hitters handelt. Es gibt keine Agenten in Deutschland und hat sie solche gegeben, und wenn ein solcher Agentog haben, so ist die national-jüdische Bewegung sicherlich am allermeisten etwas damit zu tun.

— 14 —

Die Überwindung der Arbeitslosigkeit im Osten.

„Es hat niemand ein moralisches Recht, zu fordern, daß andere tätig sind, um selbst nicht tätig sein zu brauchen, sondern es hat jeder nur das Recht, zu verlangen, daß die staatliche Organisation eines Volkes Mittel und Wege findet, um jedem Arbeit zukommen zu lassen“, so heißt es in der Proklamation Adolf Hilters auf dem Reichsparteitag in Nürnberg.

Es ist nicht jüdisch, wenn die, die in Arbeit und Verdienst stehen, dauernd für diejenigen sorgen sollen, die — gleichgültig aus welchen Gründen — arbeitslos sind. Es ist dagegen jüdisch, wenn jeder sich dort für die Gesamtheit, wo immer sich eine Gelegenheit bietet. Die Systemregierungen haben das „Recht auf Arbeit“ proklamiert — mit dem Erfolge, daß sieben Millionen Volksgenossen ihre Arbeit verloren. Die nationalsozialistische Regierung verbindet mit dem Recht auf Arbeit die Pflicht zur Arbeit — mit dem Erfolge, daß binnen 7 Monaten 2 Millionen Volksgenossen in Arbeit und Verdienst zurückgeführt werden konnten. Sozialismus heißt: die Arbeit anerkennen als Verpflichtung gegenüber der Gesamtheit. Der Sozialismus hat kein Recht auf Arbeit, nur die physischen Voraussetzungen zur Arbeitsleistung vorhanden sind. Der Sozialismus fragt, wann es die Not der Nation zu wenden gilt, nicht danach, ob bei der Einfindung in dem Arbeitsprozeß die Bequemlichkeit des einzelnen auf dem Spiele steht. Unrechtlich nur man sich schon lange Zeit darüber, daß es nicht möglich sein wird, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, wenn man nicht unterbricht in denen, die früher tätig waren und Arbeit. Die Systemregierungen nur stehlen Schüler sich, daraus die einzige mögliche Folgerung zu ziehen: nämlich die Arbeitslosen, die in ihren alten Berufen nicht untergebracht werden können, in andere Arbeitsgebiete zu leiten. Sie scheuten sich vor einem solchen „Eingriff in die persönliche Freiheit“, und sie mußten warten sie wußten, daß sie es nicht möglich waren, persönliche Opfer zu fordern. Es hat erst der neuen sozialen Erziehung und dem Nationalsozialismus gelang, um die massenhafte Verpflegung von Arbeitslosen in berufsmäßigem Arbeitsstellen durchführen zu können.

Als erste Provinz wurde Olspreußen von Arbeitslosen befreit. Ende August wurden über 56 000 Personen der Rosslandsarbeiten und bei öffentlichen Arbeiten, die mit Darlehen aus dem Sofortprogramm für 1933 gefördert werden, beschäftigt. Ein großer Teil der neu in Arbeit gekommenen ließ, da sich der Arbeitsplatz nicht an ihrem Wohnort befindet, in die Arbeitsgebiete abzuwandeln und die Betreuung von Vagabunden untergebracht. In Ostpreußen befinden sich 358 derartige Lager.

Als zweite Provinz wurde am 6. September die Grenzmark Posen-Westpreußen frei von Arbeitslosen gemeldet. Als erstem grenzmärkischen Kreis war es dem Kreise Melsrich gelangen, die Arbeitslosigkeit zu überwinden. Aus ist es diesem Kreis auch als erstem gelungen, den Sieg zu beschleunigen und ausbauen und in Zukunft selbst auch Erneuernde aus Schneidemühl, Landsberg und Frankfurt a. d. O. unterzubringen.

Dem dritten soll die nächste Provinz sein, die gänzlich arbeitslosfrei gemacht wird. Auch in 5 Kreisen dieser Provinz hat es am 6. September noch Arbeitslose gegeben. Im Monat August fiel die Zahl der Erneuernden im Bereich des Landesarbeitsamtes Stettin, d. h. in Pommern und Mecklenburg-Strelitz, um 22 600 auf 51 600 am 31. August (gegenüber 100 000 am gleichen Tage des Vorjahres). Besonders trag zur Erzielung des Arbeitsmarktes die Aufnahmefähigkeit der Landmirtschaft bei, in der auch eine große Anzahl von Angehörigen anderer Berufe, vor allem des Metall-, Holz- und Baugewerbes, untergebracht werden konnten. Wie in den anderen Ostprovinzen, so sind auch in Pommern aus anderen Vordestellen zahlreich Neubewerber und Aufsteiger zugeführt worden; von den 200 000 Neubewerbern im Bereich des Stettiner Landesarbeitsamtes flammten 5700 noch außerhalb der Provinz, und zwar hauptsächlich aus den Industriegebieten Rheinland-Westfalens.

Beträchtliche Fortschritte hat der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit auch in der Provinz Brandenburg zu verzeichnen. Zwar war hier den Bemühungen kein so durchschlagender Erfolg wie in den benachbarten Ostprovinzen, in der Grenzmark und in Pommern beobachtet, da die Arbeitsmarkterhältnisse hier stark unter dem Druck

der Großstadt Berlin stehen, die trotz erheblicher Verringerung der Arbeitslosenzahl immer noch mehr als 3 Millionen Erneuernde zählt. Doch war die Zahl der Arbeitslosen auch in der Mark Brandenburg bereits am 15. August gegenüber dem 31. Januar d. J. bereits um 49,3 v. H. auf rund 111 000 gesunken. Einige Kreise, Westpommern, Prenzlau, Westpreußen, und Guplin, konnten am 15. August schon einen Rückgang der Arbeitslosigkeit um 48 v. H. auf 28 000, am 10. September wurde als erster brandenburgischer Kreis der Kreis Landsberg (Warthe) frei von Arbeitslosen gemeldet.

In Oberhessen fiel die Zahl der Arbeitslosen vor Ende Februar d. J. bis Ende August um 48 000 gesunken. Am 31. August wurden noch rund 90 000 Arbeitslose gezählt. Im Rückgang der Arbeitslosigkeit hat auch die Industrie verhältnismäßig starken Anteil. Im Kreise Gattung sind sämtliche Vorkriegs-Erneuernden in Arbeitsstellen untergebracht, die noch vorhandenen Unterstellen der Arbeitslosen- und Kreisführer werden binnen kurzem gleichfalls neuen Arbeitsplätzen zugeführt werden. Im Kreise Kreisburg hängt die Unterbringung der noch vorhandenen Arbeitslosen von der Finanzierung eines großen, bereits in Vorbereitung befindlichen Arbeitsprojektes ab. Im Kreise Kreisberg konnte die letzte Zahlstelle des Jahres aufgefüllt werden. Das größte, in Oberhessen geplante Arbeitsunternehmen ist der bei der Eisenbahn am Stelle bei nur 125 Jahren gebaute veraltete Rodnikkanal das Industriegebiet mit der Ober verbinden und damit eine jahrhundertalte Forderung der oberhessischen Wirtschaft verwirklichen soll. Der Kanalbau würde für die Dauer von 4 Jahren etwa 7000 bis 8000 Arbeitern Beschäftigung geben. Der neue Kanal soll auch die größten Oberläufe aufnehmen können und ist gebaut werden, daß er jederzeit für 1000-Tonnen-Schiffe erweitert werden kann. Nach dem Rodnikkanal nur für 150-Tonnen-Röhre Platz hat. Statt der 18 Schleusen des Rodnikkanals wird der neue Kanal nur 7 Schleusen erhalten. Er nimmt keinen Ausgang von einem großen Hafen, der am Westrand von Rodnik, nicht mehr existiert, kann durch das neue Kanalbau... von Senso in die Ober unterhalb von Gell. Um aus der erpöckten Zukunftsentwicklung Raum zu geben, wird jenseits Senso und Rodnik die Abwässerung für den Ober-Donau-Kanal vorgezogen. Die Arbeiten werden bereits in diesem Herbst aufgenommen und zwar werden jetzt und im kommenden Frühjahr etwa 1000 Mann Erdarbeiten verrichten. Der Tag, an dem der Beschluß zum Kanalbau gefaßt wurde, wird ein bedeutender Denkstein in der Entwicklung der Provinz Oberhessen in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht sein. An Stelle des endlosen und unfruchtlichen mit Beträgen ist jetzt der Einfluß zum Handeln getreten. Die oberhessische Industrie, an deren Seiden die Bevölkerung des ganzen Industriegebietes in allen Teilen lebenswichtig interessiert ist, wird durch diesen Kanalbau aus der unheilvollen Marktlage erlöst. Sie gewinnt die Möglichkeit, ihre Erzeugnisse auf dem Wasserwege ins Reich zu versenden, ohne mit der Vorarbeit Industriegebiet—Lokal-Oberhöfen belastet zu sein.

Staatsminister Hermann Esser,

der Schirmherr der Landesgruppe Bayern des WDO, besucht die bayerische Ostmark.

Die Landesgruppe Bayern des Bundes Deutscher Osten kann auf zwei Landestagen an der Ostgrenze zurückblicken, die geradezu imponierend gewesen sind. Die Oberen 200000 Arbeiter in den bayerischen Volkswirtschaften sind jetzt bei Am 31. August markierte am Brennes, am Fest des Herbstfestes, die Bevölkerung des Bayerischen Waldes auf. Die feierliche Übergabe des Schutzes auf der Silberhöhe an Staatsminister Hermann Esser vereinte am 10. September die nördlich der Zürcher Senke gelegenen Gebiete. In den vorhergehenden Tagen hatte Minister Esser eine Besichtigungsreise in den südlichen und mittleren Ostmark und auf dem Weg zum Grenzgebiet beglückte als Schirmherr der Bayerischen Ostmark begrüßt wurde. In der nächsten Nummer veröffentlichten wir einen ausführlichen Bericht über die Reise des Ministers und über die großen Veranstaltungen der Landesgruppe Bayern.

Polnische Phantafien.

Die polnische Presse beschäftigt sich, wie wieder einmal mit ihrem Lieblingsbrosam, den „unpolnischen“ Charakter der deutschen Offprovingen. In Verbindung mit der österreichischen Frage wird in der nationaldemokratischen „Gazeta Warszajska“ die Frage eines Ausstouffens Österreichs gegen Ostpreußen erwogen in dem Sinne, daß Polen gnädig bereit sein würde, seine Zustimmung zum Zusammenstoß Ostpreußens mit dem Reiche zu geben, wenn Deutschland ihm dafür nicht mehr und nicht weniger als die Freizon Ostpreußen abtritt. „Wie wir bereit“, schreibt das Warschauer Blatt, „aus mit dieser Ansicht (dies nämlich der Ansicht möglich und notwendig ist), einzustehen zu erklären, wenn Deutschland an der Offsee steht und die Hand nach Norden ausstreckt. Wollte man Deutschland unter diesen Bedingungen gelassen, läßt Österreich einzuweichen, so wäre dies ein großer Fehler, denn man würde es Rücken und ihm gestatten, um so erfolgreicher nach Osten vorzudringen. Nimmt man aber einen solchen Standpunkt ein, so wäre es die einzige wirkliche Art, Deutschland vor dem Anstich abzufahren, ihm zu verhindern zu geben, daß die Fragen der Zukunft Österreichs und Ostpreußens eng miteinander verknüpft sind.“

Der Ansicht, daß die österreichische und die ostpreussische Frage eng miteinander zusammenhängen, sind wir allerdings auch —, freilich in einem ganz anderen Sinne als die „Gazeta Warszajska“. Ostpreußen und Österreich sind zwei gleich geordnete

und gleichmäßig das Deutschland in gleicher Weise unerschütterlich. Das Exzellente ist in Ostpreußen, Deutschland könnte auf Ostpreußen nicht verzichten, ohne zugleich seine Position im Südwesten zu schwächen, was umgekehrt eine mißlichste Gleichschaltung der Wiener Politik mit denjenigen der Reichshauptstadt zugleich auch eine Stärkung des ostpreussischen Exzellenzes darstellt. Die Stärke der gegenüberstehenden Offhellung hängt von der Stärke jedes einzelnen Offhellens dieser Offhellung ab. In der auf die Bedeutung der Österreich für Polen hinweisend, was folgendes Ereignis nun neu bemittelt: In der Sommerreise des polnischen Staatspräsidenten Prof. Mojszicki in Spola kündigt ein großes Erntebankett statt, an dem etwa 25 000 Personen teilnahmen. In Gegenwart des Staatspräsidenten hat bei dieser Gelegenheit der Reichsarzt, der Starost Bielut, eine Rede gehalten, in der er auf die Bedeutung der Österreich für Polen hinweisend und dann fortfuhr: „Wenn es notwendig sein wird, werden wir nach Stettin und Königsberg marschieren, denn diese Gebiete sind doch von einer kernpolnischen Bevölkerung besiedelt.“ (H) Wir würden damit keine Sünde begehen, denn wir würden nur unsere Brüder aus der Unfreiheit erlösen.“ In sich kann es uns ja ziemlich gleichgültig sein, in welcher Form die Ostpreußen in einem kriegerischen Kampfzug Ausdruck verleihen — was uns in diesem Fall interessiert und was ihn zu einem politisch bemerkenswerten Ereignis macht, das ist die Tatsache, daß der polnische Staatspräsident sich diese Rede, ohne Widerspruch zu erheben, angehört und damit zu erkennen gegeben hat, daß die Aufrechter der polnischen Öffentlichkeit gegen Deutschland und die Verbreitung öffentlicher Klagen über die deutschen Offprovingen ihren Absicht und seinem Willen entspricht.

Offland-Woche.

120-Millionen-Anleihe.

Der polnische Staatspräsident hat am 5. September eine Notverordnung über die Emmission einer 6proz. Inlandsanleihe in Höhe von 120 Millionen Goldgulden unterzeichnet. Kapital und Zinsen der Anleihe werden durch das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen des Staates sicher gestellt. Die Einlösung erfolgt nach Ablauf von zehn Jahren, von Datum der Emmission an getrennt. Die Obligationen werden nach ihrem Nennwert von den Finanzämtern zur Zahlung von Erbsteuern und Schenkungssteuer entgegengenommen; sie sind steuer- und abgabenfrei, unterliegen keiner Pfändung und genießen alle Rechte mündelnehmerer Papiere. Der Anleihebetrag dient zur Deckung des in diesem Jahre zu erwartenden Schatzverfalls im Staatshaushalte. Von Regierungseite wird eine starke Propaganda entwickelt, um die Bezeichnung von der nationalen und moralischen Verpflichtung zur Zeichnung der Anleihe zu überzeugen.

Die Verjudung Pommerehns.

Die nationaldemokratische „Gazeta Warszajska“ beklagt sich über die Gefahr der jüdischen Einwanderung in Pommerehen. Immer hartnäckiger, so heißt es, dränge sich das Judentum in die fauberen Städte Pommerehns, wobei diese Eindringlinge eine Selbstsicherheit auszuweisen, die oftmals die Form einer Herausforderung der Gefühl der Ortsbevölkerung annehme. Die Bevölkerung von Pommerehnen müßte den Kampf gegen das Judentum unter der Führung annehmen. „Wir haben dafür kein Recht“, heißt es weiter, „daß in einem jüdischen Geschäft kauf, muß dessen eingedenk sein, daß er dadurch dem Arbeitslosen Polen ein Unrecht zufügt.“

Zusammenstoß des Deutstums in Of-Oberösterreich.

Die Idee der deutschen Volksgemeinschaft und das was Ende der deutschen Parteilichkeit in Of-Oberösterreich macht Schriftsteller, die Abkehr vom Sozialismus ist ausgefallen. In Wlodek bei Kattowitz hat der größte Teil der Stadtverordneten der deutschen sozialistischen Arbeiterpartei in Polen eine Erklärung abgegeben, der zufolge sie ihren Austritt aus der sozialistischen Partei ankündigen und gleichzeitig der Deutschen Partei beitreten. Das einzige deutsche sozialistische Blatt Of-Oberösterreichs, das früher Gegenpartei war, „Der Volkswille“, erscheint nur noch einmal in der Woche.

So entstehen Greuelmärchen.

Ein in Gleimich mohnhafter polnischer Staatsangehöriger vor Anfang Mai ohne Ausweis über die Grenze gegangen. Um nun nicht zurückgekehrt zu werden, erwiderte er einen Überfall, dem Hiltzerius die Abkehr vom Sozialismus ist ausgefallen. In Wlodek bei Kattowitz hat der größte Teil der Stadtverordneten der deutschen sozialistischen Arbeiterpartei in Polen eine Erklärung abgegeben, der zufolge sie ihren Austritt aus der sozialistischen Partei ankündigen und gleichzeitig der Deutschen Partei beitreten. Das einzige deutsche sozialistische Blatt Of-Oberösterreichs, das früher Gegenpartei war, „Der Volkswille“, erscheint nur noch einmal in der Woche.

Ausflug mit Hindernissen.

Die deutsche Gewerkschaft kaufmännischer Angestellter (D. G. A.) in Kattowitz veranstaltete Anfang September, wie alljährlich, für ihre Kaufmannslehrlinge und Jungangestellte eine Kreuzfahrt auf der Offsee mit Ausflug nach Babelsberg. Die Veranstaltung, an der 137 Personen teilnahmen, „erstrahlte“ sich der ganz ungewöhnlichen Polizeifremde der Polizei. Schon vor der Abfahrt erlebten eine Polizeiteilung, und der Leiter des Ausfluges, Geschäftsführer Kretschow, wurde polizeilich vernommen und ihm der Vorwurf gemacht, einen „verbotenen Umzug“ durch die Straßen geführt zu haben. In Wirklichkeit war nach Babelsberg gekommen. In die „Ausflugsteilnehmer“ nicht geflohen vom Bahnhof kommen sollten. In Babelsberg wurden die Ausflügler von der dortigen Polizei am Bahnhof empfangen und anderthalb Stunden lang aufgehalten, weil sämtliche Teilnehmer registriert werden mußten. Die Folge dieser Schikane war, daß das vorgeplante Programm des Ausfluges nicht eingehalten werden konnte. Zum Überflieg mußte nachträglich noch ein einziger Teilnehmer, ein Teilnehmer der Kattowitzer Kriminalpolizei eingereicht werden.

Drei Monate Gefängnis.

Der deutsche Minderheitsangehörige Herbert Kubner aus Kalkow (Kr. Gnesen) wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er angeblich das polnische Volk beleidigt haben soll. Die Verurteilung erfolgte auf Grund der folgenden Angaben: In der Spähe. Ertraben in der anderen Zungen in ein Tage war, dessen Aussage zu bekräftigen, hielt das Gericht die beleidigenden Äußerungen für erwiesen. Das Vergehen des Angeklagten, heißt es in der Urteilsbegründung, lei bezeichnend für die Feindseligkeit der deutschen Minderheit gegenüber dem polnischen Staat. Die Strafe sei nicht zu hoch, wenn man bedenke, welche Strafe „Wer in Deutschland zu gemühtigen habe, der sich eines ähnlichen Vergehens schuldig mache.“ (H)

Schicksale deutscher Lehrer in Polen.

Wiederum sind mehrere deutsche Lehrer von der polnischen Schulbehörde ihrer Posten entbunden und in den Abstand der Ausweisung. Es handelt sich um die deutschen Lehrer Stenzel in Kuskin, Kösler in Wegelina, Kopsiok in Groß-Clips und Vinks in Schwarzbaum. Die genannten Offhellungen liegen in der Hand der polnischen Schulbehörde. Die genannten Offhellungen liegen in der Hand der polnischen Schulbehörde. Es ist zu befürchten, daß diese Schulen nicht weiterbestehen bzw. ihren deutschen Charakter verlieren und polonisiert werden.

Der den Kreis Wągrowitz und Zain betreuende deutsche Wanderlehrer Wirth hatte sich vor dem Bezirksrichter in Wągrowitz wegen angeblich illegalen Unterrichts in Kreis, Kreis, Zain zu dem antinationalen „Bismarckmaterial“ nach einer fiktiven Schreib-Versäufel, eine Rechtsföhrer und Diktator der Kinder vor. Der Richter verurteilte den Angeklagten zu 200 Tloty Geldstrafe und Ertragung der Kosten. In allen anderen Sprachen darf in Polen privater Unterricht erteilt werden; darum kümmert sich keine Schulbehörde und kein Starost. Auf die Sprache der deutschen Minderheit, deren Rechte in Minderheitsaufbewahrung festgelegt sind, nicht unterdrückt.

Auflösung deutscher Schulen.

Die deutsche Klasse der öffentlichen Volksschule in Wierlich ist mit letzterem Jahr aufgelöst worden. Die Kinder werden auf die Klassen mit polnischer Unterrichtssprache verteilt. Die deutsche Schulerzieher der aufgelösten Klasse hat in den letzten Jahren immer über 50 betragen und schwankte mit Beginn des neuen Schuljahres um 40. Nach dem Minderberufesdurchverbot sind die polnischen Behörden nach dem zur Auflösung bereitwillig, wenn in drei Jahren hintereinander die Schülerzahl weniger als 40 beträgt. Um diese Beschaffenheit hält sich Polen ebenfalls nie an irgendwenn andere der Verpflichtungen, die ihm gegenüber der deutschen Minderheit auferlegt worden ist.

Nachdem das neue Schuljahr bereits begonnen hat, wurde plötzlich in Jalenje (Oberschlesien) den Eltern, deren Kinder die deutsche evangelische Schule besuchen, mitgeteilt, daß diese Schule der evangelischen Schule in Rattowitz angegliedert worden ist, obwohl die Schule in Jalenje aus Mitteln der dortigen evangelischen Organisationen errichtet wurde, und sie von über 80 Kindern besucht wird. Die Kinder sind gezwungen, zum Teil täglich einen Weg von über vier Kilometer zurückzulegen, um die Schule in Rattowitz zu erreichen. Die polnische Klasse der evangelischen Schule jedoch bleibt weiter in Jalenje, obwohl sie nur von etwa 20 Kindern besucht ist.

Schmierlinken.

In Reszstadt (Pommern) wurden nachts einige polnische Schmierlinken dabei ertappt, wie sie die Häuser von Angehörigen der deutschen Minderheit mit Geseb bemalten. Besonders auf ein deutsches Geschäftsbau und auf das Gebäude der Deutschen Volksbank hatten sie es abgesehen; die Fassaden hatten sie mit Holzkreuzen und H-Wuchsbau (= Hiltler) „gezier“. Als sie sich brachdacht haben, rückten sie aus und gaben auf der Flucht auf ihre Verfolger noch einige Schüsse ab, die glücklicherweise ihr Ziel verfehlten.

Deutscher Kommunistenführer ermordet.

Vor drei Wochen wurde aus einem Nebenfluß der Weichsel bei Warshaw die Leiche eines deutschen Kommunistenführers geborgen, der vor längerer Zeit illegal die Stenze überstrichen und größere Gelddarstellungen, vermutlich einen Teil der kommunistischen Parteikasse, bei sich geführt hatte. Der Leiche, dessen Name genau gebalnet wird, ist offenbar das Opfer eines Raubüberfalles geworden.

Deutsche Zebrlinge nicht zugelassen.

Bei einer Verbringungsprüfung, die auf der Bismarckhütte vorgenommen wurde, wurden sämtliche Zebrlinge, die in Minderheitschule durchlaufen hatten, abgewiesen, ebenso auch ein Abfahrent, der ein Jahr lang die Rattowitzer Handelslehre besucht hatte. Die Ablehnung der deutschen Zebrer erfolgte auf Grund einer Sprachprüfung, über deren Berechtigung starke Zweifel geäußert werden mußten.

Deutsch sprechen verboten.

Der Bund polnischer Beamten der Rattowitzer A. G., in dem sich die polnischen Beamten der Bismarckhütte und Saloa-Hütte zusammenschlossen haben, hat auf seiner Generalversammlung eine Entschloßung gefaßt, in der die Generaldirektion dieser Unternehmungen aufgefordert wird, zu verfügen, daß in gesamten Betriebsalltagsverkehr nur noch die polnische Sprache angewendet werden dürfe. In der Entschloßung wird betont, daß die bisherigen Bemühungen des Bundes in dieser Richtung erfolglos geblieben seien. Eine ähnliche Aktion ist auch auf der Deutschlandgrube in die Wege geleitet worden und der Weltmarkenkonzern hat seinerseits auf der Sudowitzhütte ebenfalls gegen das Deutschstum einen Vorstoß unternommen.

Das deutsche Gymnasium in Kowno.

Beim Beginn des Schuljahres am 1. September wurde festgehalten, daß fast alle russischen Schüler des deutschen Gymnasiums in Kowno verlassen haben. Es handelt sich hier um eine Ausmigration der antichristlichen jüdischen Boykottbewegung. Die jüdischen Schüler machten bisher etwa 40 v. H. der Gesamtzahl der Schüler des deutschen Gymnasiums aus. Das Weiterbestehen des Gymnasiums ist übrigens trotz dieser Massenandränge vollständig gesichert.

Der Weisfußführer Karajskiewicz.

Der Führer der weisfußlichen Bewegung in Polen, Karajskiewicz, ist von Polen an Samostrubland ausgeliefert und damit in Freiheit gesetzt worden. Karajskiewicz war im Herbst vorigen Jahres vom Winaer Bezirksgericht wegen Verursachens eines bewaffneten Aufruhrs zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt worden, von denen er ein Jahr abgefallen hat. Von russischer Seite ist im Austausch dafür der bekannte weisfußliche Pöbel-Organiemowicz aus Minsk, der dort ein Ehepaar zu gründen verurteilt und zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, an Polen ausgeliefert worden.

Die 76. Ratsfagung des Völkerbundes.

Die bevorstehende Tagung des Völkerbundesrates wird sich mit mehreren deutsch-polnischen Minderheitenfragen befassen. Darunter

befinden sich auch zwei Petitionen des Deutschen Völkerbundes in Oberschlesien. Die eine dieser Fragen betrifft das Julius-Hospital in Rybnik und hat dem Völkerbund bereits früher beschäftigt. Dieser sollte einen Austausch mit der Prüfung des Eigentumsrechts betreiben. Das Gutachten dieses Auschusses liegt jetzt zur Prüfung vor. Ebenfalls hat sich der Rat bereits einmal mit zwei Petitionen von Angehörigen der deutschen Minderheit in Oberschlesien, Bienek und Rozkoze befaßt, die nun wieder auf der Tagesordnung stehen. In beiden Fällen hat der Völkerbundsrat die Angelegenheit auf die Herbsttagung verwiesen, um vorher von den Vertretern der polnischen Behörden, die sich mit den beiden Angelegenheiten befassen, Kenntnis zu nehmen. Dem Rat wird sich auch mit zwei Klagen des Polensandes in Deutschland zu befassen haben. In einem Falle wendet sich der Polensand gegen die Änderung des Wahlverfahrens durch die Reichstagswahlen, wodurch sich die Polenminderheit benachteiligt glaubt. Es handelt sich um den Erlaß gegen die Splitterpartei. Die andere Petition befaßt sich mit dem Verbot einer Minderheitenversammlung durch die Behörden. In beiden Fällen hat die Deutsche Regierung bereits die nötigen Erklärungen eingereicht. Es heißt, daß Polen auch den Fall Polensand vor den Rat zu ziehen beabsichtigt — als ob das etwas mit Minderheitsfragen zu tun hätte!

Einschränkungen an den polnischen Hochschulen.

In den akademischen Kreisen herrscht starke Beunruhigung über die mit großer Bestimmtheit auftretenden Gerüchte, nach welchen die Angehörigen einer bestimmten Kategorie von Hochschulen an verschiedenen Hochschulen aufzuheben zu müß, wobei diese Maßnahme offiziell mit Sparmaßnahmen begründet wird. An der Warschauer Universität soll ein Katheder für Rechtswissenschaft und eines für Wirtschaftswissenschaften eingezogen werden. An der Krakauer Universität sind acht Lehrstühle für die Aufhebung vorgemerkt, und an der erst nach dem Kriege gegründeten Wlozener Universität soll sogar eine Abschaffung von 17 Lehrstühlen beschlossen sein. Nach einer Mitteilung des „Raport“ werden an der Lechnischer Hochschule Lemberg zwei Lehrstühle eingezogen. Gänzlich aufgehoben werden dort zwei Fakultäten, die Rechtsfakultät und die Allgemeine Fakultät. Infolge der Aufhebung der Rechtsfakultät sollen keine Lehrstühle fort. An der chemischen Fakultät wird der Lehrstuhl für Physik aufgehoben. In der Ingenieurakademie werden die Lehrstühle für Physik und Landvermessung von der Allgemeinen Fakultät der Lehrstuhl für Mathematik aufgehoben. Außerdem soll der Lehrstuhl für theoretische Physik fortfallen.

Eine Sechste von Annaberg.

Von einer Wollfabrik-„Projektion“ in Annaberg, Oberschlesien, erzählt man sich folgende kleine Geschichte: Nachdem die Projektion schon länger Zeit unternommen war, wurde der Sabenträger müde und legte im Jahr über die Schulter. Die Qualen der Jahre saßen dabei fast dem hinter dem Sabenträger gehenden Geistes unter die Nase und deshalb rief dieser: „Die Jahre hoch!“ Daraufhin stimmte die ganze Projektion das Lied an: „Die Jahre hoch, die Jahre nicht gelassen.“

700 Jahre Kulm.

Die Weichselhütte wurde im Jahre 1233 durch den Deutschen Ritterorden gegründet, so daß sie in diesem Jahre auf ihr 700jähriges Bestehen zurückblicken kann. Ebenso wie in Thorn hat die polnische Post aus diesem Anlaß einen großen Stempel eingeführt, der auf dem Aufwärtigen die polnische Inschrift „Kulm 1233—1933“ trägt.

Polnische Briefmarken in Amerika.

Infolge der Bemühungen der polnischen Mitglieder des amerikanischen Kongresses hat sich der Generalpostmeister in Washington entschloßen, Polnische Briefmarken zu emittieren mit dem Wert von 5 Cent herauszugeben. Diese Polnische Briefmarken zu 5 Cent werden im Oktober dieses Jahres erscheinen.

Polnische Flungung auf deutschem Gebiet.

Bei Grebline (Kreis Milsch) landete am 10. September wegen Brennholznotungen ein polnisches Holzflugschiff. Die beiden Anführer, ein Offizier und sein Begleiter, wurden bis zur Klärung der Angelegenheit in Schutzhaft genommen. Das Flugschiff landete auf einem Sturzbach am Dominium Grebline. Zufällig fand in Grebline eine Weerdingung statt, an der sich auch der Rittergüter beteiligt. Als die Polen sich orientiert hatten, verurteilten sie wieder zu faren. Der Pilot hatte bereits den Propeller angeordnet, als Mitglieder des Rittergüterens und die Anführer des Flugschiffes wurde auch der meiste Sieger aus dem Flugschiff geholt. Es handelt sich um ein polnisches Militärflugschiff mit Maschinengetriebe. Außerdem hatten die Insassen Wesselpistolen bei sich.

Waldemaras über die Memelfrage.

Der ehemalige litauische Ministerpräsident Waldemaras, der gegenwärtig in dem kleinen litauischen Ortse „Draus“ lebt, wo sich ihm schriftliche Arbeiter beschäftigt, hat in Paris den ersten Band seines Werkes „Litauen und Deutschland“ erscheinen lassen. Das Buch ist in französischer Sprache verfaßt und behandelt die Memelfrage mit ihren Ausmirkungen auf die Beziehungen zwischen Deutschland und Litauen.

Der polnische Aufstand in Polen.

17. Fortsetzung.

Von Hermann Pijchke.

Die Sendung des Herrn von Gerlach nach Polen. — Der Grenzschutz Ost. — Das Dorfjeil.

Belmut von Gerlach, der bekannte Pajffil, war vom 15. November 1918 bis März 1925 Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern mit besonderer Befugnis für Ostpreußen. Ihm folgte gleich zu Beginn seiner Amtszeit die Aufgabe zu, im Auftrage der preussischen Regierung in Polen zu verhandeln. Dabei hat er seine Regierung in schmeicheleicher Weise beschmeißelt, falsch berichtet und dem Deutschland unendlichen Schaden zugefügt. Er ist längst gerichtet. Die deutsche Öffentlichkeit hat das in ihrem großen Elend von Beginn seines Auftretens an getan. Jetzt hat auch die Reichsregierung die Seiten gewechselt und einen Bericht heraus gegeben, in dem die Reichsverantwortlichkeit für verlustig erklärt. Vor rund hundert Jahren habe ich in aller Öffentlichkeit in der Presse angegriffen und sein Verhalten in Polen gekennzeichnet. Ich wollte ihm damit in seiner politischen Wirksamkeit unmöglich machen. Mir ist damals eine Äußerung von ihm aus einer öffentlichen Versammlung überbracht worden, daß er mich vor dem Gerichte zur Verantwortung ziehen würde, wenn ich nicht gelobten. Sein Schabbeschwur hat ihn noch bevorzagt aber nicht. Von Gerlach ist nie ein Mann, am allermeisten ein deutscher Mann gewesen. Die Aussprache über ihn konnte nicht beschlossen sein. Nicht aber über seine Wirksamkeit als Politiker. Sie birbt ein Schandmal am Deutschland in schwerster Zeit. Die Geschichte verlangt zu wissen, was gelobten ist. Das ist der Gefährtspunkt, unter dem die folgenden Ausführungen stehen. Leider ist der Gerlach keine Einzelpersonlichkeit gewesen. Die Zahl dummerer doch offizieller Persönlichkeiten ist nicht gering, die den östlichen Grenzbezirken und ihrem Verbleiben beim Deutschen Reich höchst gleichgültig, ja sogar abweisend gegenüberstanden. Dafür folgende Beispiele:

Am Februar 1919 hatte Czerny, der damals Reichsminister war, eine Unterredung mit einem Mitarbeiter des „Matia“. Nach dem Verbleibe vom 19. Februar 1919 im „Matia“ teilte der französischen Öffentlichkeit folgendes mit: „San befähigt mit seinem inneren Aufbau unter einer republikanisch-sozialistischen Regierung, der die Welt in Stürmen leben wird, kann Deutschland mit diesen jüdischen Provinzen nicht anfangen. Sie sind der nationalen Einheit feindlich.“ Er fällt alle dem Deutschland des Ostens in aufstrebendster Zeit in die schwersten Tage an einem der gefährlichsten Punkte in den Ostern. Er will Teile des preussischen Ostens nicht beim Reich behalten.

Am 14. Januar 1919 schreibt der Volksbeauftragte Haase im „Kaiser“: „Deutschland hat unter dem Vorwande, die östlichen Grenzen gegen den Bolschewismus und Polen zu verteidigen, eine Armee von 60 000 Mann konzentriert. Es wird gut sein, wenn die Großmächte diese Armee etwas unter die Lupe nehmen und, wenn möglich, darauf bestehen, daß die Größe dieser Armee durch die Notwendigkeit der Verteidigung der Grenze beschränkt wird.“ Haase will also offenbar die Erhaltung der Ostgebiete bei Deutschland verhindern.

Dieser Geist mußte sich überall in den Verhandlungen kenntlich machen. Wie das gelobten, darüber ein polnisches Urteil. In seinem Werke „Groß-Polen und Preußen in der Zeit des Aufstandes 1918 bis 1919, Polen 1932“ schreibt Bielicka am Schluß des fünften Abschnittes zu den Verhandlungen der Polen mit dem preussischen Innenminister Czub, dem Unterstaatssekretär im Kriegsministerium Goetze, und dem Generalstabsoptionen Suderian als Beauftragter der Reichsregierung: „In der Schlussbemerkung können mir jedoch feststellen, daß am polnisch-preussischen Grenzland nach den Konferenzen vom 22. und 31. Dezember 1918 offenkundig ein Grenzfindungsbegehren. Die preussische Regierung verstand sich dazu und jagierte die sogar dem Obersten Volkstrotz den Gedanken der Übernahme der Verwaltung im Polensland für den Preis der weiteren Rezipierung der jüdischen Rechte des preussischen Staates.“ Das bedeutete nichts mehr, als die praktische Aufgabe der Provinz gegenüber einem internationalen Recht.

Zu der Reihe dieser Leute gehört auch von Gerlach.

In der Sendung Gerlachs führten folgende Vorgänge:

Das Woffische Telegrammbüro hatte am 15. November den Beschluß über die Bildung des Grenzschutz Ost verbreitet. Die Polen kamen in größte Aufregung. Ein kräftiger Grenzschutz hätte ihre Pläne durchkreuzt. Das mußte auf jeden Fall vermeiden werden. Die polnische Presse warnte die Südpolen, die sich dem Grenzschutzkommando und dem Oberpräsidenten und berieten darauf in dem A.- und S.-Rat in Polen. Hier wurde der Beschluß gefasst, eine Abordnung nach Berlin zu schicken, um die Aufstellung des Grenzschutz zu verhindern. In die Abordnung wurden gewählt: Czwastmann, als der Vorsitzende des A. und S.-Rates, David und Dr. Marchlewski. Am 17. wurde die Abordnung in Berlin durch den Grenzschutz auf und in die Verhandlungen eingelassen. Der Grenzschutzat Ledebour hat an den Verhandlungen teilgenommen und verlegt sie auf den 19. Es ist möglich, daß sie tatsächlich erst am 19. ihren Abschluß gefunden haben. Bei der Vernehmung mußten die großen Widersprüche in der Darstellung der deutschen Berichterstatter gegenüber den polnischen Angaben auffallen. Darauf beauftragte die preussische Regierung den Unterstaatssekretär von Gerlach nach Polen zu fahren und sie an Ort und Stelle zu klären und eine gezielte Fortarbeit zu fangen. Er kam am 19. November in Polen an.

Um einzelnen muß zu diesen Vorgängen folgendes bemerkt werden:

Die Zusammenlegung des Ausschusses zeigt, mit welcher Zielgenauigkeit die Polen arbeiteten. Außerlich erscheint er als die deutsche Abordnung einer sozialistischen Körperlichkeit mit einem polnischen Mitarbeiter. In der Sache lag es ganz anders. Der Ausschuss stand ganz auf polnischer Seite. Er galt in Polen als offene „Partei-gänger der Polen. Selbst wenn man die Jüdischkeit Czwastmanns nicht anmerkt, muß man zugeben, daß er in der Frage des Grenzschutz auch auf der polnischen Seite stand, schon um seiner sozialistischen Denkmäße willen. Eine Kenntnis der polnischen Verhältnisse ging ihm jedenfalls ab. Was man also die Leute, die sich in Berlin als Vertreter der deutschen Reichsregierung ausgaben, sich fühlen, über die Maßnahmen zum Schutze des Deutschstams in Polen mitzubringen.

Auch hier fällt wieder eine verheerliche Verbindung der Polen mit den Sozialdemokraten auf. Die Abordnung such in Berlin den Sozialdemokraten Ledebour auf und nimmt ihn zu den Verhandlungen in Kriegsministerium mit. Ledebour ist unabhängiger Sozialist, ein selbstständiger, gefühlsreicher, politischer Selbstständiger ohne tiefere Anteil an deutschen Fragen. Von Czwastmann, als einem Arbeitssozialisten, kann die Verbindung nicht ausgegangen sein. Dazu war das Verhältnis zu den Unabhängigen nicht angetan. Die Verbindung der polnischen Abordnung mit Ledebour kann auch nicht auf die Formel „David-Ledebour“ gebracht werden, etwa weil beide Juden waren. Diese Überlegung ist auch bei der polnischen Abordnung. Wenn man schon Ledebour heißt, so gelobten es zur jüdischen Unterredung. Er sollte also den polnischen Vorstoß gegen den Grenzschutz unterstützen. Er hat kurz nach der Vernehmung im Kriegsministerium in seinen neugegründeten „Blatte“, „Die Freiheit“ eingehende Mitteilungen über die Verhandlungen gemacht. Leider ist daraus nicht zu entnehmen, welche Rolle Ledebour selbst dabei gespielt hat.

Was sollen mir über die Verhandlungen? Unmittelbar nach der Vernehmung gab das Kriegsministerium einen Bericht an die Presse. Er ist recht mager gehalten. Nach ihm hielt das Kriegsministerium an der Notwendigkeit fest, den Grenzschutz beizubehalten. Es gab aber insofern nach, als es den Schutz der Grenzgebiete mit Hilfe der jüdischen A. und S.-Räte durchzuführen verdrachte. Unterstaatssekretär Goetze (sozialdemokratisch) ließ dem hinzu, daß die Reichsregierung der Meinung sei, daß die polnische Frage nur aus dem Friedenskongress eine „alle Teile befriedigende Lösung“ finden könne.

Ausführlicher ist Ledebour („Polener Tageblatt“ Nr. 555 vom 26. November 1919). Danach hätten die von ihm und der Abordnung gemachten Vorschläge, „durchweg die Zustimmung des Kriegsministeriums gefunden“. Sie beließen sich auf folgendes: Sicherung der Lebensmittelforschung nach Deutschland hin und östlich. „In Verbindung mit der Erhaltung unter Zustimmung der polnischen Regierung der Polen in Polen und Oberhessen, daß im Friedensvertrage der Bevölkerung das Selbstbestimmungsrecht über die Staatszugehörigkeit zugeweiht werde. Sicherung der Rückbeförderung deutscher Truppen aus dem Osten und dementsprechend schleunigste Zurückführung der noch in Ostpreußen und im Westen lebenden polnischen Arbeiter und Soldaten. Der Grenzschutz soll fernhalten von den bestehenden Truppenformationen durchgehört werden; in ihn sollen auch von polnischer Seite Czrupentelle abkommantiert werden. Weitere Anmerkungen für das Armeekorpskommando Grenzschutz Ost haben zu unterbleiben.

Man unterhandelte also in Berlin mit der Abordnung nie mit einer polnischen Macht. Die Forderungen zeigen scharf und klar, auf welcher Seite die Unterhändler und auch der polnische A. und S.-Rat standen. Man kämpften für die polnischen Ziele der „Polener Seite“ und in der Provinz Polen und Stärkung der polnischen Stellung. Dahinter steht klar abgezeichnet und in dem Aufzug vom Landtage das Teilgebiets auch deutlich ausgesprochen die politische Lösung vom Deutschen Reich. In Berlin schien man das nicht zu bemerken.

Sehen wir uns die Ausführungen über den Grenzschutz als den entscheidenden „Dank in den beiden Berichten genauer an, so ist der Unterschied, der sich zeigen kann, auch schon durch die Umgruppierungen unterbleiben. Damit wäre der Grenzschutz in der gedachten Form tatsächlich aufgegeben worden. Das ist aus dem Bericht des Kriegsministeriums nicht zu ersehen. Nach ihm will es den Schutz „gemeinlich mit den jüdischen A. und S.-Räten“ durchführen. Das braucht nicht notwendig unter tätiger Mithilfe der östlichen, militärischen Formationen zu sein. Auch der Grenzschutz wurde nicht angesetzt und nicht in der Ausübung. Er wurde abgelehnt und aus fernher, daß die Beteiligung polnischer Czrupentelle an dem Grenzschutz „unwissenschaftlich“ sei. Das Kriegsministerium hat sich darüber ausgesprochen und absichtlich einen neutralen Ausdruck gewählt. Hier ist der Widerstreit zwischen Abordnung und Kriegsministerium deutlich erkennbar. Die Abordnung will im Auftrage der Polen die Maßnahmen des Grenzschutz auf und in die Verhandlungen einbringen und die polnische Truppen einbringen. Die Polen wollen, wenn dann die Gewalt in ihren Händen ist, sie können den Grenzschutz nach durch ihre Formationen bedecken und unter dem Schutze des Rechts auf Rollen des Reiches ausbauen und zu ihren Zwecken verwenden. Das Kriegsministerium ließ die Gefahr und hält sich bei allem Entgegenkommen doch zurück. Wären der A. und S.-Rat und die heimischen Truppenbefehle jüdisch gefasst, so wären diese Bedenken hinweg. Eine Klärung konnte am besten durch De-

Erhebungen an Ort und Stelle gefahren. Hieraus ergab sich die Aufgabe Gerlach. Auf eine kurze Forderung gebracht ließ er: Es ist festzustellen, ob es sich in Polen um polnische Umtriebe handelt oder ob die Polen loyal sind. Das zu untersuchen, dazu sollte Gerlach nach Polen fahren.

In den übrigen Punkten des Berichtes soll noch bemerkt werden: Das Deutsche Grenzschutzkorps hat sich dem ausfinden über Einkommen mit Barfuß aufgeschlossen. Nach anfänglicher guter Förderung der Angelegenheit wurden die Verhandlungen von den Polen ohne erkennbaren Grund kurz abgebrochen.

Wenn auch nach dem offiziellen Bericht eine Bindung des Kriegsministeriums nicht vorlag, so bot es doch aus Engagementen nach den Wünschen der Polen gebandelt. Es ist zu dem Ausflusse kein freiwilliger Grenzschutz nach dem Boden Polens dorthin. (Sich dazu Camla, Der Zustand in Polen, S. 19 und 20.) Weiter wurden die in der Provinz organisierten Gruppen bei ihrer Rückkehr außerhalb der Provinz zusammengezogen, ihrer Waffen und Ausrüstung entkleidet und dann zur Demobilisierung in ihre Garnison geführt, die Maßregel, die sich demoralisierend auf die noch in der Provinz Polen vorhandenen deutschen Erben auswirken mußte. Das konnten wir leider täglich in Polen erfahren.

Ebenso ist auf die Bemerkung des Unterhauptssekretärs Goebbe hinzuweisen. Nach seinen Worten erarbeitete die Reichsregierung „eine allseitig betriebende Lösung der polnischen Frage allein von dem Friedenskongress“. Wir schüttelten in Polen den Kopf zu solcher Aufstellung. Da wissen es bereits die Spähen von allen Dörfern, daß die Friedenskonferenz eine Verhängnis des Offens bringen würde. Von jetzt ab können wir vertrauen der Reichsregierung in die Friedenskonferenz immer in den Verhandlungen mit den Polen wieder. Das wird fast sprichwörtlich. Bequem überläßt man die Sorge der Ordnung der östlichen Gebiete den bisherigen Feinden. Weiter konnte die Selbstentmannung der Reichsregierung kaum noch gehen.

Nach Ryepicki gebietet dieser Sendung des A- und S-Rates nach Berlin. Seine Ausführungen dazu heißen wörtlich: „Andere Schritte im stillen Grenzschutz nach Großpolen in der Absicht, uns mit der demobilisierten Wende preussischer Soldner zu überlassen. Kempen, Krotoschin, Gnesen, Breschen und Witkowo wurden besetzt, und man näherte sich immer mehr Polen. Dabei hatte der Deutsche Volkerrat mit Professor Hermann an der Spitze seine Hand in Spiel, und es fanden ihm Schulz und reaktionäre Offiziere der deutschen Besatzung bei. Der Reichsrat interessiert interessiert die polnische Regierung und leitete Dr. Marchlewski, David und Esmachmann als Deputation nach Berlin. Dasselbe versprach man, daß das meiste Verlangen von Gruppen nach Großpolen aufhören werde. Was ein solches Verprechen wert ist, das wissen wir längst. Kein Wunder, daß man mit der Zeit in Polen und in dem Fortschritt etwa 15.000 Mann angammelt hatte, von denen nun Glück die größere Hälfte nach Hause kam.“

In diesen Ausführungen ist die Benennung der Abordnung richtig. Auch die Behauptung, daß das Kriegsministerium ein Verprechen gegeben habe, von weiteren Gruppenbildungen abzuheben, kann als zutreffend gelten, da das Kriegsministerium tatsächlich danach gebandelt hat, und Gebote eine gleiche Behauptung bringt. Was er darüber hinaus sagt, ist falsch. Aber das Professor Hermann in der Besatzung der Gruppe des Volkstrates, noch frühere Grenzschutz im stillen ein. Drei Tage nach dem Beschluß seiner Begründung konnte der Grenzschutz noch nicht „eintreffen“. Wer vernahm dabei auf die Ausführungen von Joseph Camla, die er in seinem Buche „Der Zustand

in Polen“ Berlin 1919 auf S. 19 und 20 macht. Ihnen liegt amtliches Material zugrunde. Die Angaben Ryepicki zeigen, wie leichtfertig er arbeitet und mit welcher Vorliebe er zu behaupten ist. Was er behauptet, das sind die waffenlosen Heimkehrer, die in den Kellern überhandtun und nach Erledigung ihrer Angelegenheiten nach Hause eilen. Die Angst macht den Polen große Augen. Solche falschen Angaben finden sich bei Ryepicki häufig. Es geht bei ihm oft viel dorthin. Er nimmt es mit seinen Behauptungen nicht sehr genau. Es genügt ihm, wenn sie nur seiner Stimmung entsprechen.

Der Vorstoß des A- und S-Rates gegen den Grenzschutz durch die beschriebene Abordnung in Berlin wurde von dem polnischen Obersten Volkerrat durch eine längere Einweisung unterstützt, die an den Reichskanzler abging und daselbst Datum — den 18. November — trug. Ihre Inhalt wurde bekanntgegeben. Sie ist in Stil und Forderungen für die Polen so sehr charakteristisch, daß sie auch hier im Wortlaut folgen muß. Es heißt:

„Die Unterzeichneten setzen die deutsche Zentralregierung davon in Kenntnis, daß die bisher bestehenden, auf Grund des allgemeinen Wohlbefindens gewählten Vertretungen des polnischen Volkes einen Obersten Volkerrat in Polen gebildet haben. Seine Aufgabe wird die Verteidigung der Interessen der polnischen Bevölkerung im Bereich der bisherigen Grenzen des Deutschen Reiches sein.“

Die Unterzeichneten fordern Herr Walther Korfanty aus Berlin haben das Mandat erhalten, die Angelegenheiten des Obersten Volkstrates einseitig zu leiten.

In die in ihrem Volkstrats organisierte polnische Bevölkerung hat unmittelbar nach Ausbruch der Revolution Beziehungen zu den Soldaten- und Arbeiterkreisen angeknüpft und arbeitet mit diesen einträchtig an der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung.

Die Kommissare des nationalen Volkstrates haben mittels unersetzlicher Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, sich der Gewaltmittel zu enthalten. Wir haben erklärt, daß wir uns auf unsere geschichtlichen und nationalen Rechte zu verzichten, die Verletzung der Westgrenzen des neuen polnischen Staates vertrauensvoll dem Friedenskongress überlassen.

Wir beabsichtigen das geschwächte Deutschland weder mit bewaffneter Macht noch durch Abschneiden der Zufuhr hinterhältig zu überfallen.

Wir haben die polnische Bevölkerung aufgerufen, Hand in Hand mit den Soldaten- und Arbeiterkreisen nach der Richtung der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung hin zu handeln.

Wir sind zur Organisation einer Bürgerwehr gebildet, die in Verbindung mit der Volksmiliz unseren nichtpolnischen Mitbürgern die persönliche Sicherheit, dem Lande aber Planmäßigkeit und Ordnung vorzubringen wird.

Wir haben Vertreter polnischer Organisationen in das neu geschaffene Provinzialparlament delegiert, um die vorübergehend aufhaltende Forderung von Lebensmitteln an die Großstädte im Westen zu organisieren.

Nicht willens, die systematische Arbeit der Behörden zu gefährden, hat die polnische Bevölkerung die Befreiung nur weniger Beamten gefordert, obwohl gerade bei den größeren Teil der höheren, und zwar gerade der politischen Beamten, eine gewandte, häufig eine großartige Ausstattungsarbeit betrieben, unsere nationale Sonderstellung bedrückt und damit unferne gerechten Aspirationen zu unterdrücken sich bestrebt hat.“

(Fortsetzung folgt.)

Grenzland vor den Toren Berlins.

Immer wieder hören und lesen wir von der blutenden Grenze im Osten Ostpreußens, von den gewaltigen Anstrengungen und den großen Erfolgen unserer Regierung, gerade diesem Teile unseres Vaterlandes und den dort auf Wurzeln kämpfenden Volksgenossen zu helfen. Wir erfahren in diesem Jahre die nachfolgende innere Anteilnahme aller an einem Problem des deutschen Ostens und lernen erkennen, daß sich jedem einzelnen von uns neue und dankbare Aufgaben bieten, wo es gilt, sich selbst einzuplanen in das große nationale Hilfswerk.

Vielleicht die dankbarste und schönste Aufgabe ist es, im Rahmen dieses Werkes an die Entdeckung der eigenen Heimat, an die Erforschung der unbekannteren Grenzlande zu gehen, zu deren unbekanntesten Teile man die alte Ostmark rechnen kann. Wer kennt — wenn er nicht gerade aus dieser Gegend kommt — die Heimat von Hermann von Sadowitz nach K. H. H. Wer kennt die Größe der Grenzmark Polen-Westpreußen mit den erhaltenen Stadtmauern, über die noch Burgfried und Burgruinen ragen und den Weg der alten Ostermiter nach dem Osten weisen? Wer kennt die Dörfer mit den ostpreussischen Außenhäusern oder das ugarmanische Reth- und Wortfeld? Wer kennt die Deutsch-Römer-Senkette 1150 an der Sahl, an deren Ufer noch nördliche Polartäucher, Schmarledder, See- und Sildohler leben? Wer kennt die Kollakenberg bei Landsberg, eine Erinnerung an jene Zeit, da die Russen im Siebenjährigen Krieg bis Berlin vorrückten, oder die alte Konkordienkirche in der Stadt, in der Schleiernacher seine ersten aufstrebenden Predigten hielt?

Wer weiß, daß dieses alte, politische so schicksalsschwere Land nur eine 2-3-4-Stunde von Berlin entfernt liegt, und die

Grenzland dort hin folgen vor den Toren der deutschen Hauptstadt und mitten hinein in das Paradies der Juch- und Wellenränder führt?

Nach den schönsten Dörfern der Ostmark gibt es Sonntag-Rückfahrkarten. So daß es auch den breiten Massen möglich ist, bequem über das Westpreußen zu fahren in die Ostmark zu unternehmen. Der Herbst allerdings läßt geradezu häufig ein längeres Verweilen ein, und die Ostmärker, stille, kraftvolle Menschen, empfangen ihre Besucher in jahren guten, billigen Gaststätten dankbar und voll besonderer Freude. Sind sie ihnen doch sichtbare Beweise dafür, daß man sie und ihr Schicksal nicht vergißt.

Die zicklerne Venkung des neu erworbenen Heimatgefühls durch die deutsche Regierung tut alles, das den Strom der heimathliebenden Deutschen vor allem auch in die westlichen Grenzgebiete zu führen. Der Bund „Deutsch Ostmark“ und die Abteilung „Ostmark“ im M. E. K. machen es sich zur vornehmsten Aufgabe, den Reiseverkehr in die bedrohten Ostgebiete zu heben. Zutage aber nicht nur um der notwendigen wirtschaftlichen Hebung willen, sondern um jenseitigen Heimatdienst zu tun: an unseren Brüdern da draußen im Grenzland und an uns, die wir erogen werden sollen, unser Brot mit ihnen zu teilen.

Dr. v. Schellinck-Hellm.



Bildstöcke des Bundeswappens sind zum Preise von RM. 1,50 beim Bund Deutscher Osten, Berlin W 30, Mohrstraße 22 zu haben.

Die Historikertagung in Königsberg.

Dem Internationalen Historikerkongreß in Warschau folgte in Königsberg i. Pr. eine deutsche Historikertagung. An Verbindung mit dem 24. Deutschen Archivisttag und der Konferenz landesgesellschaftlicher Nationalvereine folgte dort der **Schlachtverband der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine**. Diese Tagung handelte im Zeichen der Verbindung des deutschen Volkes nach Osten. In sämtlichen Vorträgen wurden Fragen der deutschen Ostgeschichte, insbesondere der ostpreussischen Geschichte, behandelt — ein Thema dafür, das sich bei deutschen Geschichts- und Altertumsforschern ihrer **Spezialtagung** bemußt sind, daß sie bereit sind, ihr Wissen und Vorwissen nur dort anzusetzen, wo nicht nur ein politischer und wirtschaftlicher, sondern nicht minder auch ein **geistiger Kampf** um die deutsche Zukunft notwendig ist. Die deutsche historische Wissenschaft muß **Irrenwissenhaft** werden. Ihre vorrangigste Aufgabe liegt dort, wo die Wissenschaft des Auslandes Irrtümern unterliegt oder sich Einstellungen zueinander kommen läßt, die der geschichtlichen Beurteilung des deutschen Volkes abträglich sind, und vor allem dort, wo das Ausland aus solchen Irrtümern und Einstellungen gegenwärtig politische Forderungen ableiten versucht.

Daß sich bei deutscher Geschichtswissenschaft dieser Aufgabe bemußt gemorden ist, geht sowohl aus den Vortragsthemen der Königsberger Tagung, wie vor allem daraus hervor, daß **Führer des Bundes Deutscher Osten, Dr. Vöbke**, in der ersten öffentlichen Veranstaltung des Schlachtverbandes der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine in der Aula der Königsberger Universität einleitend und grandios über den **Kreislauf der deutschen Ostpolitik** sprach, in deren Rahmen der deutschen historischen Wissenschaft besonders bedeutsame Aufgaben erteilten. — Wir kommen auf die Tagung noch zurück.

Mitteilungen des B.D.O.

Der stellv. Bundesführer.

Die Führung der Landesgruppe Thüringen, bestehend aus dem Land Thüringen und dem Regierungsbezirk Erfurt, hat **Dr. Reichshofhaller S a u k e l**, Weimar, übernommen.

Ich berufe hiermit zum Führer der Landesgruppe Sachsen **Dr. Herbert E n d e r**, M. d. R., Gauwirtschaftsberater der **RSDFP**, Dresden, **„Vorkämpfer“**.

Haus „Kurmark“.

Stufe 11.	Übertrag: 1529,70 RM.
Landesverband Sachsen-Thüringen	30, —
Ortsgruppe Müllrin	25, —
Ortsgruppe Nolden	25, —
Ortsgruppe Kempfin	12, —
Ortsgruppe Brandenburg	10, —
Ortsgruppe Sieditz	5,50
Ortsgruppe Ludwigsfelde	5, —
Ortsgruppe Grünberg	5, —

Stand vom 15. September 1933: 1647,20 RM.

Ernennungen.

Der Niederschlesische Provinzialausschuß wählte den kommissarischen Vordrat des Kreises Waldenburg, **Dr. von Boeckmann**, zum Vandeshauptmann der Provinz Niederschlesien. Der neue Vandeshauptmann ist im Alter von 44 Jahren und ist am 12. Dezember 1888 in Neapel als Sohn des Kaufmanns Waldemar von Boeckmann geboren. Er besuchte zunächst die deutsche Schule in Neapel und lebte am Goethe-Gymnasium in Frankfurt a. M.; nachdem er hier Ostern 1908 die Reifeprüfung bestanden hatte, studierte er in Freiburg i. Br. und in Königsberg Rechtswissenschaft und Nationalökonomie und bestand 1912 das Referendarexamen. Den Weltkrieg machte er als Kriegsvollwäger beim I. Ostpreussischen Feldartillerie-Regiment Nr. 16 mit und war vom 1. Dezember 1914 bis zum Ende des Krieges an der Front, vom Jahre 1916 ab als Offizier. Nachdem Dr. von Boeckmann im Jahre 1920 das Masterexamen bestanden und in Königsberg zum Dr. jur. promoviert hatte, war er von 1920 bis 1931 Gymnasialbeirat der Schloßschule Danzigschloß, dann kam er als Kreisjurist in den Kreis Ostprignitz. Durch Ministerialerlaß vom 16. Mai d. J. wurde er zunächst vortretungsamtlich und sodann kommissarisch mit der Vermittlung des Kantons Waldenburg beauftragt. Der **RSDFP** trat er bei Gründung des Gauess Schlesien im Jahre 1925 bei, und zwar als einer der Stadtabteilungsleiter von Breslau.

Zum polnischen Geschäftsträger in Wien wurde der stellvertretende Abteilungschef im Warthauer Außenministerium **Josef G a r o t z k i** ernannt.

Zum polnischen Konsul in Lysk wurde **Romuald Putynski** ernannt.

Persönliche Nachrichten.

Verstorb. **Reinhold Walter G h e r t**, Leiter des Reichsbahnsonnenweilers Schlein im Ortst. Wald, **Waldhagen** Str. 81, fr. Wohn. mit **Herrn Walter W i t t b a u e r**, Refler.

Verstorb. **Arminie Vieseler G e f f e l**, Tochter des **Verstorb. Dr. E d u a r d G e f f e l**, Str. 5, fr. Wohn. mit **Herrn Dr. jur. Emil G e f f e l** in Kuehlinburg.

Verstorb. **Anton Paulus Zielen**, geb. **Scindern**, in Passau am 1. Februar, am 2. d. J. 37. Regierungsdirektor **Georg G o m a t z** in Frankfurt (Oder), am 3. d. J. 34 J.

Veranstaltungen.

Ortsgruppe Berlin-West. **Montag**, den 18. d. J., abends 8 Uhr., im Vereinslokal, **Berlin-Wilmersdorf**, **Wilmersdorf 114/115** (Viktoriengarten), Monatsversammlung. **Herr Peterlein** wird einen Vortrag über die ehemaligen deutschen Kolonien, insbesondere über **Deutsch-Ostafrika**, halten.

Ortsgruppe Berlin-Nord. **Montag**, den 18. September 1933, abends 8 Uhr., Monatsversammlung im neuen **Vereinslokal**, **Restaurant „Pfefferberg“**, **Schönhauser Allee 176** (am Senefelder Platz).

Jedemzeit mit kleinem Aufwand ist es möglich, sich eine frische Bouillon zu bereiten, wenn man Maggis Fleischwürfel im Haus hat. Man löst den Würfel einfach in $\frac{1}{2}$ Liter kochendem Wasser auf, und die Bouillon ist fertig. Sie läßt sich zu Erbsen- und Kohlsuppe genau so gebrauchen, wie die in üblicher Art hergestellte Fleischbrühe. Der Name Maggi bürgt für Qualität.

1 gutmöbl. preiswertes

Zimmer

in der Nähe eines Ringbahnhofs zw. Schönhauser Allee und Wedding bei Ostmärker 4, 1. 10. Licht. Preisangabe unter 2900 an das „Dilland“ erbeten.

Besteres gut verzinsl.

Hausgrundstück

in Pignitz, 1. Zentrum geb., 2 gr. u. 8 mittlere Wohnungen, bei Anwesen 20 00 RM., zu verk. Anfragen unt. 2900 an das Dilland erbeten.

Junger Mann

30 Jahre alt, ev., guter Charakter, wünscht die Bekanntschaft eines-sinnigen Mädchens von 25 bis 35 Jahren, auch Witwe angenehm, mit etwas Vermögen oder 11. Anknüpfung. Anp. zu verk. Ang. u. 2901 an das Dilland erbeten.

Ostmärkerin

40 J., ev. geb. Mittelgröße, dunkel, lehrhauslich und wirtschaftlich, in Konstantin, wie Gesch. erfahren, sehr freundlich u. pflichtbew., sucht selbständige Führung christlichen Frauenl. Haus. Sehr timide, würde glückl. sein, mit einem mütterl. Kindern ein treuherz. liebes Mütterchen sein zu können, deshalb spätere Heirat n. ausgehloffen. Schließen bevorzugt.

Selbstfiner!

Geschäftsgrundstück

n. Kolonialwarengesch. i. H. Ankn. - Stadt u. Erbauelsanberk. Anp. zu verk. Ang. u. 2901 an das Dilland erbeten.

Weinstehende Witwe

57 J. alt, ev., wünscht die Bekanntschaft eines älteren Herrn, Rentenempfänger oder kleiner Landwirt. Vorzuegung die Wirtschaft zu führen, spätere Heirat nicht ausgehloffen. Angebote unt. 2908 an das Dilland erbeten.

Besucht den Deutschen Osten!

Witwe

57 J. alt, ev., wünscht die Bekanntschaft eines älteren Herrn, Rentenempfänger oder kleiner Landwirt. Vorzuegung die Wirtschaft zu führen, spätere Heirat nicht ausgehloffen. Angebote unt. 2908 an das Dilland erbeten.

Witwe

57 J. alt, ev., wünscht die Bekanntschaft eines älteren Herrn, Rentenempfänger oder kleiner Landwirt. Vorzuegung die Wirtschaft zu führen, spätere Heirat nicht ausgehloffen. Angebote unt. 2908 an das Dilland erbeten.

MAGGI'S WÜRZE SUPPEN FLEISCHBRÜHE

Deutsche Qualitäts-Erzeugnisse

Aufbaukredit

für Grenz- u. Auslandsdeutsche G.m.b.H.

Berlin W3. 30, Mohlstraße 22. Tel. B 5 Barbarossa 9061.

Verwertung von

6% Reichsschuldbuchforderungen

durch Verkauf und Beleihung (im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel)

Beratung in Vermögensanlagen und allen Kreditangelegenheiten

Abwicklung all. bankmäßigen Geschäfte

Eine Entschädigungsgeldleistung für Emigrantensteuer in Polen, soweit die Steuer durch Hinterlegung von Wertpapieren erfolgt ist, kann immer noch nicht erfolgen, da die Verhandlungen mit dem polnischen Staat wegen Freigabe betragsloser Wertpapiere noch nicht abgeklungen sind. Sobald dies der Fall ist, werden wir den Beteiligten Nachricht geben. Wir bitten inzwischen, von weiteren Rückfragen Abstand zu nehmen. Ähnlich liegen die Dinge bei Aufwertung von Sparfahrscheinen, wo einzelne polnische Sparfahrscheine sich noch weigern, zu zahlen. Wir bitten deshalb, Rückfragen auch hier zurückzustellen oder uns wenigstens das Porto beizufügen.

Beratungsstelle Deutscher Ostbund e. B. i. U.

Suche

für sofort
fähigt. jung. Mann
für
meine Landwirtschaft.

Bertholz,

Michendorf (Mark).



Geld Lotterie

FÜR ARBEITSBESCHAFFUNG

2 8 3 0 5 8 GEWINNE U. 2 PRAMIEN

RM

1 500 000

200 000

100 000

150 000

75 000

HÖCHSTGEWINN
AUF EIN
DOPPELLOS

HÖCHSTGEWINN
AUF EIN
EINSELLOS

HAUPTGEWINN
AUF EIN
DOPPELLOS

HAUPTGEWINN
AUF EIN
EINSELLOS

LOS PREIS 1 REICHSMARK

ZIEHUNG: 27. - 28. SEPTEMBER 1935

Lose der Geld-Lotterie für Arbeitsbeschaffung bei

Siwinna

Berlin W 35, Potsdamer Str. 116 a

(Ede Lühowstr.) Postfach Berlin 311 98. Fernsprecher: B 2, 3686.

Olmärker Glänzende Existenzen!

Provisionsfrei

Anzahlung M.

- Wohngebl. m. Holzwarenfabrik in Nijela (Sa.) 20 000
 Fabrikgrdl. m. Wohnvilla in Tadeut. Sanatoriumsgeb. m. Hotel- u. Restaurationgrdl. m. Café nahe Landberg a. d. W. 70 000
 Coll. Verpacht. m. Verkaufsvorbl. Erforberl. 8000 RM. Landhaus m. Sommerpension u. Pflanzgarten in Kurort bei Karlsruhe 18 000
 Fabrikgrdl. in Cosma bei Dresden (Bish. Apparate- u. Kesselbau) 4 000
 Sägemerksgrdl. m. Wohnh. in Schles. (auch Coll. od. Pächter gef. uht.) 10 000
 Landwirtsch. Grdl. i. d. Uckermark (insges. 126 Mg. gr.) m. Fischweidem See 20 000
 Pensionsvilla mit gewerblichen Nebenzimmern f. Betriebe jed. Art auf Rügen 30 000
 Selbstst. (Spiel-) u. Kinobauerngeh. in Großh. d. Provinz Sachsen 25 000
 Landhaus a. d. Peripherie einer bedeut. Stadt Würt. n. Vereinb. Hotel in Hohen-Kassau (Coburg) n. Vereinb.
 Pflanzgrdl. in bedeut. Luftkurort Thür. n. Vereinb.
 Soll. Wind- u. Motormühle im Kreise Ruppin 10 000
 Landhaus m. unmittel. a. Hauptegele. Wiesen und Feldern in Württemberg 18 000
 Landhs.-Villa i. d. Rhein. n. Vereinb. Villa in vornehmster Lage d. ehem. Residenzstadt Dessau 12 000
 Landhaus-Villa i. Tiefenberge (11 Räume) 12 000
 Pensionsvilla im Harz (12 bis 15 Stundenzimmer), 15 000 bis 20 000
 Villa in anst. Luftkurort bei Stettin 15 000
 Drahtbau- u. Brannenbauhof bei Berlin Preis: 12 000
 Wohn- u. Selbstst. i. d. Nähe v. Pirna (Sächs. Schweiz) 20 000
 Wohnhaus m. Laden (Vergroß.) Nähe Dreifalt. 10 000
 Fabrikgrdl. m. Wohnh.-Villa i. Industrieort d. Erzgeb. n. Vereinb. Wohn- und Geschäftshaus (Eckgrdl.) in Freiburg i. Breisg. 27 500
 Villa m. Ausst. a. d. Rhein, nahe Wiesbaden, Mainz und Frankfurt 25 000
 Wohn- u. Selbstst. a. d. Peripherie v. Berlin m. Kolonialwarengesch. einshl. Filiale u. Sonderbetrieb 15 000
 Villa i. Weinregione (7 Räume) 15 000
 Pensionsgrdl. (Eholungsheim, Postkassafirm.) i. d. Rheinmark 18 000
 Villa im vornehmsten Teile von Berlin-Charlottenburg n. Vereinb. Wassermühle (Kurb.) im Kreise Jerichow i. d. Prov. Sachsen 9 000
 Villa i. vornehm. Villenort d. Stadt Dresden n. Vereinb. Landhs.-Grdl. am Werbellinsee 15 000
 Wohn- u. Selbstst. gr. geeignet f. jed. Art Fabrik, sowie auch als Erholungsheim, Kinderheim u. dergl., im Thür. Wald 18 000

Wald-Preise kostenlos:
KOCH & Co., Berlin W 35
 Görnbergstraße 1. Tel.: B 2 Lützow 59 33.